

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die hervorragenden Erfolge der Sowjetwirtschaft . . .	1
Die Solidarität der Arbeiterklasse und ihre Feinde . .	3
N. SERGEJEWA — Was die Erörterung des Nordatlantischen Vertrags im USA-Senat gezeigt hat . . .	5
J. MENSCHINSKI — Die Krise des westeuropäischen Handels	8
Internationale Umschau (Notizen)	13
W. JORDANSKI — Im polnischen Dorf (Notizen eines Korrespondenten)	20
P. JEFANOW — Auf der Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Hütten- und Metallarbeiter	24
Kritik und Bibliographie:	
I. SOTNIKOW — Die Wahrheit über die amerikanische Außenpolitik	28
Chronik der internationalen Ereignisse	31

Nr. 31
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Die hervorragenden Erfolge der Sowjetwirtschaft

DIE von der Sowjetpresse veröffentlichte Mitteilung über das Fazit der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans der Sowjetunion im zweiten Kalenderviertel 1949 ist ein Dokument, das von neuen gewaltigen Erfolgen der sozialistischen Wirtschaft zeugt.

Diese Erfolge sind vor allem daraus ersichtlich, daß der von der Sowjetregierung erhöhte Plan für die Industrieproduktion im zweiten Kalenderviertel nicht nur erfüllt, sondern auch überboten wurde. Der vom Staat festgesetzte Bruttoproduktionsplan der Industrie für das ganze erste Halbjahr 1949 ist gleichfalls überboten worden.

Man kann sich die Größe des Erfolgs der sowjetischen Volkswirtschaft besonders klar veranschaulichen, wenn man das laufende Jahr mit dem Vorjahre vergleicht. An Roheisen und Stahl, Kohle und Erdöl, Lokomotiven und Eisenbahnwagen, Kraftwagen und Autobussen, Traktoren und Mähreschern, Zellulose und Papier, Zement und Glas, Fahrrädern und Rundfunkgeräten, Uhren und Photoapparaten, Textilien und Schuhen, Fleisch- und Fischwaren, Tee und Zigaretten — an allen Arten von Erzeugnissen hat die Sowjetindustrie viel mehr produziert als im zweiten Kalenderviertel des vorigen Jahres. Die Bruttoproduktion der Gesamtindustrie der Sowjetunion ist im zweiten Kalenderviertel 1949 gegenüber der gleichen Zeitspanne von 1948 um 20 Prozent gestiegen.

Zwanzig Prozent Produktionszuwachs der Industrie im Laufe eines Jahres! Ein solches Entwicklungstempo der Volkswirtschaft kann nur die sozialistische Gesellschaftsordnung gewährleisten.

Nach dem zweiten Weltkrieg, dem grausamsten und schwersten aller Kriege in der Geschichte unseres Heimatlandes, sind noch nicht einmal vier Jahre vergangen. Doch schon im Juni 1949 lag die Bruttoproduktion der Industrie der Sowjetunion im Tagesdurchschnitt einundvierzig Prozent über dem Durchschnittsstand des Vorkriegsjahres 1940. Die Bedeutung dieser Tatsache kann nicht hoch genug veranschlagt werden, besonders wenn man bedenkt, daß die

Industrie der kapitalistischen Länder Europas, die im Krieg bedeutend weniger Schaden genommen hat, offenkundig die Tendenz aufweist, die Produktion nicht etwa zu steigern, sondern sie einzuschränken.

Als das Sowjetvolk und seine Regierung sich im ersten Nachkriegsjahr im Fünfjahrplan für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft die Aufgabe stellten, den Wert der Industrieproduktion gegen Ende des Planjahrfünfts, im Jahre 1950, im Vergleich zum Vorkriegsstand um 48 Prozent zu steigern, da lächelten die im Dienste der Monopole stehenden bürgerlichen Wirtschaftsfachleute skeptisch und geringschätzig. Nun sind erst dreieinhalb Jahre vergangen, aber die Sowjetindustrie ist schon dicht an jene durchschnittliche Tagesproduktion herangekommen, die für das Ende des Jahrfünfts geplant war. So stark ist das sozialistische Sowjetsystem. Das ist unverkennbar das Ergebnis der Stalinschen Politik der Sowjetregierung, das Ergebnis der freien schöpferischen Arbeit des gesamten Sowjetvolkes zum Wohl seines Heimatlandes.

Das Halbjahrsfazit der Volkswirtschaft der Sowjetunion ist nicht nur in der Industrie, sondern auch im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft reich an Errungenschaften. Bezeichnend ist allein schon die Tatsache, daß die 1949 abzuerntenden Saatflächen die Anbaufläche des vorigen Jahres um nahezu 6 Millionen Hektar übertreffen. Eine solche Erweiterung der Anbauflächen bedeutet viele weitere Millionen Doppelzentner Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Baumwolle, Flachs, Hanf, Sonnenblumen, anderer Nährpflanzen und technischer Nutzpflanzen, besonders wenn man berücksichtigt, daß die diesjährigen Ernteaussichten gut sind. Die Aussichten für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft sind wahrlich großartig, denn der Stalinsche Plan für die Umbildung der Natur in den Steppen- und Waldsteppengebieten wird erfolgreich verwirklicht, während die Entwicklung der Sowjetindustrie die Möglichkeit bietet, die Landwirtschaft mit immer vollkommeneren Geräten zu versorgen. Die Landwirtschaft erhielt im ersten

Halbjahr 1949 anderthalb bis zweimal mehr Lastkraftwagen, Traktoren, Mähdrescher, Dreschmaschinen und andere Maschinen als in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres.

Unter den Verhältnissen des Sowjetsystems ist es natürlich, daß die erfolgreiche Entwicklung der Industrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft ständig einen wohlthuenden Einfluß auf das Lebensniveau der gesamten werktätigen Bevölkerung ausübt. Man kann in einem beliebigen Gebiet, in einem beliebigen Rayon unseres Landes sehen, wie sich der Lebensstandard der Bevölkerung der Sowjetunion hebt. Das zeigt sich recht anschaulich im unaufhörlich wachsenden Verbrauch von Lebensmitteln und Industriewaren. Die Angaben für das zweite Kalenderviertel 1949 zeigen, daß 15 Prozent mehr Lebensmittel verkauft wurden als im entsprechenden Kalenderviertel des Vorjahrs; was die Massenbedarfsartikel außer Lebensmitteln anbelangt, so wurden um 27 Prozent mehr verkauft. Es ist kennzeichnend, daß die Bevölkerung bedeutend mehr hochwertige Lebensmittel wie Fleisch und Wurstwaren, Süßigkeiten und Zucker kauft, daß auch der Absatz der nicht zur Lebensmittelgruppe gehörenden Waren wie Wollstoffe (um 87 Prozent mehr), Seidenstoffe (um 60 Prozent mehr), Rundfunkapparate, Fahrräder, Motorräder und Uhren ununterbrochen steigt.

Der Wohlstand des Sowjetvolkes in seiner Gesamtheit und eines jeden einzelnen Sowjetmenschen ist untrennbar mit der Entwicklung der Volkswirtschaft, mit den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus verbunden. Diese Erfolge aber zeigen sich in der gesteigerten Produktion, der verbesserten Qualität der Erzeugnisse, der Erweiterung des Assortiments, der Senkung der Selbstkosten, der ständig wachsenden Großbautätigkeit, der ununterbrochenen Hebung der Qualifikation der Arbeiter sowie der bedeutenden Steigerung der Arbeitsproduktivität.

In jedem kapitalistischen Land gibt es Tausende und Zehntausende von Fachleuten, die keine

Verwendung für ihr Wissen finden können. In der Sowjetunion dagegen haben 1949 im zweiten Kalenderviertel 390 000 junge Fachleute Hochschulen, technische Mittelschulen und andere mittlere Fachschulen absolviert. Keinem einzigen von ihnen mangelt es an Arbeit auf seinem Spezialgebiet oder wird es jemals an solcher Arbeit mangeln; jedem von ihnen bietet die Volkswirtschaft ein Feld, auf dem er seine Kräfte und seine Begabung betätigen kann.

Das gleiche bezieht sich auch auf die Arbeiterkader. Eine bemerkenswerte Tatsache: allein im Laufe eines Jahres ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft (im Vergleich zum zweiten Kalenderviertel 1948) um 1 600 000 gestiegen. Stellt man diese Tatsache, aus der ersichtlich ist, wie sehr die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Sowjetunion wächst, den Zahlen gegenüber, die den sinkenden Beschäftigungsgrad in den kapitalistischen Ländern, das Ansteigen des Elends und der Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen in diesen Ländern kennzeichnen, so zeugt allein diese Gegenüberstellung mit überwältigender Eindringlichkeit von den kolossalen Vorzügen der sozialistischen Sowjetordnung vor dem kapitalistischen Ausbeutersystem.

In ihrer Mitteilung über die Ergebnisse des zweiten Kalenderviertels 1949 konnte die Statistische Zentralverwaltung beim Ministerrat der Union der SSR mit voller Berechtigung darauf hinweisen, daß dieses Fazit von großen Erfolgen auf dem Gebiet des unentwegten Aufschwungs der Volkswirtschaft der Sowjetunion und der Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes spricht. Die kapitalistische Welt ist unmittelbar von einer harten Krise bedroht — einer Krise, die jetzt schon viele Millionen Menschen zum Hunger verurteilt hat und noch viel schlimmere Folgen in ihrem Schoße birgt; von einem solchen Hintergrund hebt sich der neueste Bericht über die volkswirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion besonders markant ab.

Die Solidarität der Arbeiterklasse und ihre Feinde

DIE STREIKS der Londoner Hafenarbeiter und der Bergarbeiter Australiens haben im Lager der englisch-amerikanischen Reaktion einen Wutanfall ausgelöst. Die Presse der Monopole überschüttet die streikenden Arbeiter mit Schmähungen und Flüchen. Gericht und Polizei, Militärabteilungen und Streikbrecher sind gegen sie aufgeboten worden. Der Apparat der Hetze und Gewalt, über den die regierenden Klassen der bürgerlichen Staaten verfügen, ist in Aktion gesetzt.

Die Ursachen dieser Wut verdienen es, geklärt zu werden. Dies ist um so notwendiger, als die bürgerlichen Zeitungen vor nichts zurückscheuen, um den wahren Charakter der heute stattfindenden Streikkämpfe zu entstellen und zu fälschen.

Die Labourführer sind nicht erfindungsreich. Um ihr sinkendes Prestige unter den Massen wenigstens einigermaßen aufrechtzuerhalten und ihre arbeiterfeindlichen Handlungen zu rechtfertigen, lügen Attlee und seine Freunde, die englischen Hafenarbeiter seien einer „kommunistischen Verschwörung“ zum Opfer gefallen. Nach Attlee sammelt der australische Ministerpräsident Chifley etwas über „Befehle aus dem Ausland“, ohne die die australischen Bergarbeiter angeblich niemals auf den Gedanken gekommen wären, Verkürzung des Arbeitstags und Lohnerhöhung zu verlangen.

Gemeinsam mit ihren Brotherren verbreiten die rechtsstehenden gewerkschaftlichen Geschäftemacher vom Schlage Deakins in England und Monks in Australien die verleumderische Lesart von „Ränken der Kommunisten“. Ihnen scheint, man könne mit dieser Verleumdung alles rechtfertigen: sowohl ihren Verrat an den Interessen der Gewerkschaftsmitglieder, als auch das Schachergeschäft mit den Unternehmern und ihre Weigerung, die elementaren Rechte der Arbeiter zu verteidigen.

Aber die abgedroschene antikommunistische Kampagne hat unter den werktätigen Massen keinen Erfolg. An Tausenden von Beispielen sehen die Arbeiter, daß heutzutage mit Anwürfen gegen die Kommunisten die schwärzesten Absichten gegen die Volksinteressen gedeckt werden. Seit Hitlers Zeit hat man hierin nichts Neues erdacht.

Durch den Lärm über eine „kommunistische Verschwörung“ in den Londoner Docks oder in den Bergwerken von Neusüdwaales suchen die Propagandisten der Bourgeoisie ungeschickt die Verschärfung der sozialen Gegensätze in den kapitalistischen Ländern zu bemänteln, von denen die beginnende Wirtschaftskrise begleitet wird. Indes ist diese Verschärfung eine Tatsache, die mit keinerlei Kniffen vertuscht werden kann. Die Versuche der Monopole, die Hauptlasten der anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, stoßen auf beharrlichen Widerstand. Die in den Nachkriegsjahren nicht abflauende Streikwelle steigt immer höher an.

Es genügt, des heroischen Streiks der französischen Bergarbeiter vom Herbst v. J. zu gedenken, des kürzlichen 36tägigen Streiks von 2 Millionen Landarbeitern in Italien, des jetzigen Streiks von 1 Million italienischer Bauarbeiter, der zahlreichen Streiks in Belgien, Holland und anderen westeuropäischen Staaten. Auch die USA bilden keine Ausnahme von der allgemeinen Regel, obwohl dort das drakonische arbeiterfeindliche Taft-Hartley-Gesetz in Kraft ist und mehr als genug käufliche Gewerkschaftsbonzen vorhanden sind, die sich zu Geheimabmachungen mit den Monopolen bereit finden.

Niemand wird es wagen, Green, Murray, Carey und ihre Spießgesellen aus den führenden Cliquen beider amerikanischer Gewerkschaftsverbände des „Kommunismus“ verdächtigen zu wollen. Aber die Streikbewegung in den USA hat nach Abschluß des zweiten Weltkriegs beispiellose Ausmaße angenommen. In den fünf Vorkriegsjahren (1935—1939) beteiligten sich an Streiks 5,6 Millionen Arbeiter, wobei 84,8 Millionen Arbeitstage verloren gingen. Indessen nahmen allein in drei Nachkriegsjahren (1946—1948) 8 770 000 Arbeiter an Streiks teil, und die Verluste beliefen sich auf 184,6 Millionen Arbeitstage!

In diesem Jahr haben in den USA bereits 450 000 Bergarbeiter gestreikt, und die reale Gefahr einer Wiederholung des Streiks besteht weiter. Vor einigen Tagen war die dringende Einmischung des Präsidenten Truman und die Aufbietung des ganzen Kompromißtalents Murrays erforderlich, um den beabsichtigten Streik in der Stahlindustrie um 60 Tage aufzuschieben.

Als welch niederträchtige und dazu wirklich jämmerliche Provokation erscheint angesichts dieser Tatsachen die Behauptung der englisch-amerikanischen Propagandisten, das Anwachsen der Streikbewegung sei ein Ergebnis „ausländischen Einflusses“! Es handelt sich natürlich nicht um irgendwelche „Einflüsse“, sondern um die unaufhorliche Verschlechterung der Lage der Werktätigen, die das Leben selbst nötigt, zu einer so erprobten Waffe des Kampfes für ihre Rechte, wie dem Streik, zu greifen. Natürlich finden die Massen in diesem Kampf die volle Sympathie und Unterstützung der Kommunisten wie auch aller anderen wahren Kämpfer für Demokratie, für die Rechte und Interessen der Volksmassen.

Ein hervorstechender Wesenszug der heutigen Streiks in England, Australien und einer Reihe anderer Länder ist die Tatsache, daß darin die der Arbeiterklasse eigene Solidarität und ihr Einheitsstreben deutlich zum Ausdruck kommen. Bekanntlich streikten die Londoner Hafenarbeiter, um den kanadischen Seeleuten berechtigten Beistand zu leisten, die gegen die Willkür der Unternehmer und ihrer Agenten aus dem der Amerikanischen Arbeitsföderation angehörenden Streikbrecherverband protestierten. Der Streik der englischen Hafenarbeiter war seinerseits von einer breiten Solidaritätsbewegung anderer Trupps der Arbeiterklasse Englands begleitet. In Australien findet der Kampf der Bergarbeiter die Sympathie und Unterstützung aller Werktätigen, obwohl die Unternehmer und die Regierung Chifley alles getan haben, was nur möglich war, um die Arbeiter anderer Industriezweige gegen die Streikenden aufzuhetzen und sie miteinander zu entzweien.

Die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse sind es, die die Reaktionen aller Schattierungen am meisten schrecken. Industrielle und Bankiers, die durch internationale Kartelle verbunden sind, die marshallisierten Regierungen, die sich unter der Ägide der USA in Kriegsblocks und aggressiven Bündnissen zusammengeschlossen haben, wollen den Arbeitsleuten nicht das Recht auf Einheit und Solidarität zugestehen. Die kanadischen Reeder, die australischen Kohlenmonopolherren, die französischen Trustmagnaten möchten die internationale Solidarität der Werktätigen für ungesetzlich erklären, um die französischen, die kanadischen oder die australischen Arbeiter den „einheimischen“ Kapitalisten auf Gnade und Ungnade auszuliefern.

Deswegen eben suchten die rechten Gewerkschaftsführer die Weltföderation der Gewerkschaften, die die internationale Einheit der Arbeiterklasse verkörpert, zu zerstören. Deswegen eben wird eine Spaltung in den Gewerkschaftsorgani-

sationen einer Reihe von Ländern durchgesetzt. Den Monopolen zu Gefallen tragen sich Green, Murray und Deakin mit Plänen für eine Streikbrecher-„Internationale“, die nicht der Sache der Einheit, sondern Zwecken einer Zersplitterung der Arbeiterklasse dienen soll.

Die Praxis zeigt jedoch, daß derartige Pläne zum Scheitern verurteilt sind. Die Sympathie und Unterstützung der internationalen Arbeiteröffentlichkeit ist ganz auf seiten der kämpfenden Abteilungen des Proletariats. Das Solidaritätsgefühl und das Bewußtsein, daß die Ziele der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Wirtschaftsinteressen, für Frieden und Demokratie gemeinsam sind, erstarkt in allen Ländern. Ein Beweis hierfür ist der Erfolg des zweiten Weltgewerkschaftskongresses in Mailand, dessen Beschlüsse jetzt von den Arbeiterorganisationen studiert werden.

Die Hafenarbeiter Englands, die kanadischen Seeleute, die australischen Bergarbeiter, die Werktätigen aller Länder — unabhängig von ihrer Rasse und Nationalität, ihrer politischen oder religiösen Überzeugung — werden die Tatsache, daß die Weltföderation der Gewerkschaften ihren Kampf zum Schutz der gerechten wirtschaftlichen und politischen Forderungen entschlossen und konsequent unterstützt, nach Gebühr zu schätzen wissen. Die Arbeiterklasse aller Länder kann nicht umhin, einen Vergleich zu ziehen zwischen dieser klaren und eindeutigen Stellungnahme der Föderation und dem Verhalten der englischen und amerikanischen Gewerkschaftsbonzen, die sich im vorigen Jahr kaltblütig von den streikenden französischen Bergarbeitern abwandten und heute unter derselben zerschlissenen Flagge des Antikommunismus den Kampf der englischen Hafenarbeiter und der australischen Bergarbeiter verurteilen.

Die Arbeiterklasse kann stolz darauf sein, daß jeder Tag einen neuen Beweis für die Stärkung der Weltföderation der Gewerkschaften bringt, die die besten Ideale der Arbeiterbewegung verkörpert. Der Beschluß des Mailänder Kongresses, aus freiwilligen Spenden von Gewerkschaftsorganisationen, Gewerkschaftsmitgliedern und sonstigen Einzelpersonen und Organisationen, die die Arbeiterklasse unterstützen, einen Fonds der internationalen Solidarität der Werktätigen zu schaffen, wird zweifellos von großer grundsätzlicher und praktischer Bedeutung sein. Die Schaffung Internationaler Gewerkschaftsvereinigungen — Industrieabteilungen der Föderation — wird praktisch zum Wachstum und zur Erweiterung der gegenseitigen Unterstützung, des Zusammenhalts und der internationalen Solidarität der Arbeiter beitragen.

Was die Erörterung des Nordatlantischen Vertrags im USA-Senat gezeigt hat

N. SERGEJEW

BEI RATIFIZIERUNG des aggressiven Nordatlantischen Vertrags im USA-Senat traten während der Debatten recht bemerkenswerte Meinungsverschiedenheiten in den regierenden Kreisen der Vereinigten Staaten zutage.

Die amerikanische Regierung brachte die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung des Vertrags zusammen. Von 95 Senatoren stimmten nur 13 dagegen. Unter diesen 13 sind jedoch nicht nur der fortschrittliche Senator Taylor, ein grundsätzlicher Gegner des Paktes als Aggressionsblocks der Kriegsbrandstifter, sondern auch eine Reihe republikanischer Senatoren, die keineswegs Feinde der im Nordatlantischen Vertrag zum Ausdruck kommenden aggressiven Politik sind. Unter ihnen befindet sich Taft, ein einflußreicher Führer der Republikanischen Partei und bekannter Anhänger der zügellosen Expansion des USA-Imperialismus. Im Verlauf der Debatten machte er gemeinsam mit Senator Flanders den Vorschlag, die Monroedoktrin, mit deren Hilfe sich die Imperialisten der Vereinigten Staaten bekanntlich das Recht sicherten, auf der westlichen Hemisphäre zu schalten und zu walten, auch „auf Westeuropa auszudehnen“. Senator Malone vom Staate Nevada brachte die Gier dieser Imperialisten noch klarer zum Ausdruck: er schlug vor, statt des Nordatlantischen Vertrags der Monroedoktrin „in der ganzen Welt“ Geltung zu verschaffen.

Diese Senatoren verlangen also keineswegs Einstellung der aggressiven Politik und der imperialistischen Expansion. Nicht von diesem Standpunkt aus erhoben sie Einwände gegen den Nordatlantischen Vertrag, obwohl sie in der Hitze der Polemik nicht wenig bittere Wahrheiten über sein Wesen aussprachen. So gab Taft zu, daß der Nordatlantische Vertrag dem Geiste der von den USA „laut UNO-Satzung übernommenen Verpflichtungen völlig widerspricht“. Ferner gestand er ein, daß der Nordatlantische Vertrag eine Herausforderung an die Sowjetunion sowie eine Verpflichtung darstellt, die „eher dem Ausbruch eines Krieges als dem Frieden förderlich sein“ werde.

Am schärfsten war der Waffengang Tafts gegen Connally, Vandenberg und den ihnen zu Hilfe geschickten John Foster Dulles, den Dewey

dank seiner Macht als Gouverneur zu diesem Behuf eilends in die Senatorentoga gekleidet hatte. Wie aber bekannt, gehört Taft zu dem Lager, dessen Politik keineswegs auf Anwendung der demokratischen Prinzipien der UNO-Satzung abzielt; der Nordatlantische Vertrag ist ihm nicht deshalb unerwünscht, weil er diesen Prinzipien widerspricht.

Taft machte aus den wahren Beweggründen seiner Opposition auch gar kein Hehl. Er betonte, er wende sich vor allem gegen die im Vertrag enthaltenen Pläne für eine Aufrüstung der westeuropäischen Länder, und erklärte ausdrücklich, er würde seine „Einwände gegen den Atlantikpakt zurückziehen“, wenn er „nicht der Ansicht wäre, daß dieser Pakt unlösbar mit einem Waffenlieferungsprogramm zusammenhängt“.

Somit wurde die Aufrüstung der Länder Westeuropas zu einer Zentralfrage der Senatsdebatten. Eine Reihe von Senatoren trat entschieden gegen diesen Teil des Regierungsprogramms auf. Dulles und Connally waren genötigt zu erklären, der Nordatlantische Vertrag bedeute keineswegs, daß die USA ihre Partner und Satelliten unbedingt neu aufrüsten würden. Um seine Gegner zu beschwichtigen, versicherte Dulles, der Vertrag verpflichte die USA nicht mehr zur Aufrüstung anderer Länder, als er z. B. Frankreich verpflichte, die USA aufzurüsten.

Diese Ausflüchte nehmen sich angesichts der allgemein bekannten Tatsachen recht kläglich aus. Die USA-Regierung, die überzeugt war, die Zusammenzimmerung aggressiver Blocks stehe ihr frei, hatte nicht einmal daran gedacht zu verheimlichen, daß das Programm zur Aufrüstung Westeuropas das Herzstück des Nordatlantischen Vertrags bildet. In den Debatten wurde darauf hingewiesen, daß entsprechende Pläne bereits ausgearbeitet werden, und Präsident Truman hat selbst die anfänglich für ihre Ausführung zu bewilligende Summe mit 1,45 Milliarden Dollar veranschlagt.

Es sei daran erinnert, daß sofort nach Unterzeichnung des Nordatlantischen Vertrags acht europäische Länder — die fünf Teilnehmer der Westlichen Union sowie Italien, Norwegen und Dänemark — Noten an die USA richteten und sie

baten, das Programm ihrer Aufrüstung schnellstens durchzuführen. Die Regierung Truman antwortete unverzüglich mit dem ausdrücklichen Versprechen, sie sei bereit, dem Kongreß zu empfehlen, daß die USA diesen Ländern militärische Hilfe gewähren sollen. In der amerikanischen Antwortnote vom 6. April wurde darauf hingewiesen, daß die Hilfe in Form von Heeresgutlieferungen und der „Gewährung einer gewissen finanziellen Unterstützung zwecks Verstärkung der militärischen Bemühungen“ gedacht sei.

Daß das Staatsdepartement ein Aufrüstungsprogramm für die Länder Westeuropas vorbereitet und ausarbeitet, war weit und breit bekannt. Als der Nordatlantische Vertrag Anfang Mai im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erörtert wurde, stand eben diese Frage im Mittelpunkt der Debatte. Der Washingtoner Berichterstatter der Associated Press gab schon Ende April unter Berufung auf Amtspersonen, die sich mit der Vorbereitung einer Gesetzgebung über Waffenlieferungen an die am Nordatlantikpakt beteiligten Länder befassen, einige interessante Einzelheiten des, wie er schreibt, sorgfältig geheimgehaltenen Programms an. Er wies darauf hin, daß die USA-Regierung die Absicht habe, die direkte militärische Hilfe zu denselben Bedingungen wie das Lend-Lease der Kriegszeit — ohne Zahlungsabkommen — vorzunehmen; es sollen Waffen, Ersatzteile für Transportmittel, verschiedenerelei Heeresgut sowie strategische Rohstoffe geliefert werden; Fachleute der amerikanischen Armee, Marine und Luftflotte sollen entsandt werden, um die Verwertung der amerikanischen Militärausrüstung zu überwachen und um bei der Standardisierung der Waffen sowie der Ausbildungsmethoden für die Mannschaften und die militärische Leitung zu helfen.

Reston, der Washingtoner Berichterstatter der „New York Times“, bestätigte diese Mitteilungen und fügte seinerseits hinzu, das Aufrüstungsprogramm habe recht weitgesteckte Ziele: die amerikanische Invasion auf dem europäischen Kontinent vorzubereiten.

Von welchem Gesichtspunkt das Aufrüstungsprogramm für Westeuropa in amerikanischen Kreisen angesehen wird, zeigen Äußerungen Walter Lippmanns, eines der eifrigsten Herolde der imperialistischen Politik der USA. In einem Aufsatz, der Mitte April d. J. in der „New York Herald Tribune“ erschienen ist, hob er hervor, das Programm der militärischen Hilfe für Westeuropa verfolge in der Hauptsache politische Ziele: die vorhandenen Truppen zahlenmäßig zu verstärken, damit die Regierungen mit der „indirekten, inneren Aggression“ fertig werden

könnten. Wie man weiß, ist mit den Maßnahmen gegen die „indirekte, innere Aggression“ laut Nordatlantischem Vertrag die Unterstützung reaktionärer Staatssysteme in den Ländern Westeuropas und Bekämpfung der demokratischen Volkskräfte gemeint. Was die rein militärische Seite der Sache anbelangt, so hat sie nach Lippmanns Ansicht nur begrenzten Wert. Zur Aufstellung einer verhältnismäßig kleinen Armee in Westeuropa brauche man viel Zeit. Außerdem werde eine westeuropäische Armee sowieso nicht stark genug sein, um die weitgehenden Pläne der USA-Imperialisten zu verwirklichen. Daher, so schließt Lippmann, liege der Sinn der militärischen Garantien des Nordatlantischen Vertrags in den direkten Maßnahmen der USA auf Grund ihres eigenen Aufrüstungsprogramms.

Angesichts dieser Erwägungen werden die Äußerungen der amerikanischen Senatoren verständlich, die das anfänglich von den Autoren des Nordatlantischen Vertrags festgelegte Aufrüstungsprogramm für die Länder Westeuropas in Zweifel zogen. Die Entwicklung der Ereignisse wirft in ihrem Verlauf einige imperialistische Pläne über den Haufen. Die neuesten Erfahrungen der USA-Monopole sind auch durch Lehren aus der Aufrüstung Kuomintangchinas und durch die Geschichte d. ruhmlosen Intervention in Griechenland sowie durch das Fiasko des Marshallplans ergänzt worden. Ist es da ein Wunder, wenn einige Senatoren die Frage einer Revision unterziehen möchten, wer, wie und wann aufzurüsten sei, und wenn sie verlangen, daß die Atom- und sonstigen Geheimnisse vor den Juniorpartnern möglichst gut geheimgehalten werden sollen?

In der bedeutungsvollen Tatsache, daß die Erzreaktionäre aus der Republikanischen Partei über die Aufrüstung der Partner laut Nordatlantischem Vertrag verschiedener Meinung waren, haben sich zweifellos die zunehmenden Reibungen innerhalb des imperialistischen Lagers widerspiegelt. Die anschwellende Wirtschaftskrise, die anwachsenden Schwierigkeiten auf dem Innen- und Außenmarkt zwingen so manchen, zu verlangen, daß die bisherigen Methoden der Außenpolitik mit den Riesensummen, die verausgabt werden, nicht nur um die USA, sondern auch ihre Satellitenländer aufzurüsten, revidiert werden.

Als Senator Taft seine Einwände gegen den Nordatlantischen Vertrag erhob, machte er folgende sehr vielsagende Anspielung:

„Je mehr die USA Westeuropa die Bürde der Aufrüstung abnehmen, desto ungehinderter können die Europäer Waren nach dem Osten liefern.“

Diese Anspielung gibt die heutige Zuspitzung der englisch-amerikanischen Gegensätze wieder. Senator Taft macht sich Gedanken darüber, ob es zu einer Zeit derartiger Verschärfung des Konkurrenzkampfes um die Märkte einen Sinn habe, England die Bürde der Aufrüstung abzunehmen!

Wie rasch bestätigt sich die Richtigkeit der Charakteristik, die das Außenministerium der Sowjetunion dem Nordatlantischen Vertrag in seiner bekannten Erklärung gab! Dort wurde darauf hingewiesen, daß die Schaffung derartiger aggressiver Gruppierungen und die Unterzeichnung ähnlicher Verträge die zahlreichen Reibungen und Gegensätze zwischen den am Vertrag beteiligten Ländern durchaus nicht beseitigen kann. Wie rasch bestätigt sich auch ein anderer Hinweis dieser Erklärung, die Politik der USA-Regierungskreise, die ihren kürzlich übernommenen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion und anderen Mitgliedern der UNO zuwiderläuft, sei nicht nur ungeeignet, zur Stärkung ihrer politischen und wirtschaftlichen Positionen beizutragen, sondern werde auch von allen friedliebenden Völkern, allen Anhängern einer Festigung des allgemeinen Friedens, die in sämtlichen Ländern die überwiegende Mehrheit bilden, verurteilt werden.

Die Beweggründe, die Senator Taft veranlaßten, gegen einen so wesentlichen Punkt der amerikanischen Außenpolitik, wie das Aufrüstungsprogramm für die Länder Westeuropas, aufzutreten, bestätigen dies. Taft äußerte ernsthafte Zweifel darüber, ob die amerikanischen Waffen von den westeuropäischen Ländern auch wirklich so angewandt werden würden, wie es die Autoren des Nordatlantischen Vertrags wünschen und verlangen. Er hob hervor, die Verpflichtung, Waffen zu liefern, könne sich für die USA als „äußerst unangenehm“ erweisen, wenn in dem einen oder andern Lande Westeuropas eine wirklich demokratische Regierung zur Macht kommt.

Es ist ganz augenfällig, daß das Anwachsen der demokratischen Bewegung in der ganzen Welt, auch in den Ländern, die am Nordatlantischen Vertrag beteiligt sind, ein internationaler Faktor ist, an dem selbst die mit Blindheit geschlagenen Reaktionäre nicht vorbeigehen können. Vergessen wir nicht, daß Taft zu den wütenden Gegnern der demokratischen Bewegung, zu den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse gehört. Deshalb ist sein Auftreten besonders bemerkenswert — es läßt die höchst verwundbaren Stellen der imperialistischen Pläne der USA zutage treten.

Es verlohnt, daran zu erinnern, welche stürmische Entrüstung die Rede unter den Volksmassen Europas auslöste, die Kongreßabgeordneter Cannon am 13. April im Repräsentantenhaus im Rahmen der Debatte über die Haushaltsbewilligungen für die Streitkräfte gehalten hat. Er schlug dort einen hirnverbrannten Aggressionsplan gegen die Sowjetunion vor, nach dem die westeuropäische Jugend als Kanonenfutter erhalten soll. Dieser Kannibale sagte:

„Wir werden im nächsten Krieg nicht unbedingt wie im vorigen unsere Landarmee nach drüben (Europa) schicken müssen. Wir wollen Soldaten anderer Nationen ausrüsten, und sie sollen ihre Jungen in das Gemetzel schicken, statt daß wir die unsern schicken.“

In einem Anfall kannibalischer Offenherzigkeit hat sich der amerikanische Imperialist nicht geniert, den wahren Charakter des Aggressorenblocks zu enthüllen. Die Millionen Unterschriften, die in Italien und Frankreich für Volkspetitionen gegen den Nordatlantischen Vertrag gesammelt wurden, haben gezeigt, daß die Völker Westeuropas die wahren Absichten seiner Initiatoren schon genau durchschaut haben. Bei der Ratifizierung des Vertrags zeigten die Volksmassen in allen Ländern einen derartigen Widerstand, wie ihn die Kriegsbrandstifter zweifellos nicht erwartet hatten.

Im Laufe der Senatsdebatten wurde das aggressive Wesen des Vertrags mit großer Anschaulichkeit enthüllt. Der Umstand, daß Senatoren, die namhafte Vertreter des regierenden Lagers sind, die Behauptung Trumans und Achesons, Bevins und Attlees, der Nordatlantische Vertrag sei ein Werkzeug des Friedens und füge sich in den Rahmen der UNO ein, widerlegt haben, mußte auf die öffentliche Meinung der USA unweigerlich Eindruck machen. So wies Senator Langer darauf hin, daß der Vertrag ein „organisiertes Militärbündnis“ sei, „das sich unmittelbar gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen richtet“.

Wie Äußerungen fortschrittlicher demokratischer Organisationen der USA ergeben, verurteilt das amerikanische Volk den Nordatlantischen Vertrag als einen gegen die Sowjetunion gerichteten Aggressionsvertrag.

Das ständige Komitee der gesellschaftlichen Organisation „Washingtoner Konferenz für friedliche Alternativen des Atlantikpakts“ wies nach Verurteilung des Nordatlantikpakts als einer Verpflichtung, sich an eine fruchtlose und unnötige Politik der Militärbündnisse zu halten, die ein Wettrüsten in der ganzen Welt nach sich ziehe, in einer Erklärung darauf hin, daß das

amerikanische Volk beunruhigt darüber sei, wohin die Politik des kalten Kriegs es führen werde.

Diese Unruhe erfaßt die weitesten Bevölkerungskreise. Hiervon zeugen auch Tatsachen, wie das Schreiben der Quäkerorganisation an die Regierung mit der Forderung, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen freundschaftlich zu regeln, ferner wie die Resolution protestantischer Kirchenorganisationen gegen den Nordatlantischen Vertrag.

Die lärmende und für das Staatsdepartement recht unangenehme Senatsopposition gegen den Nordatlantischen Vertrag hat den Durchschnitts-amerikaner zweifellos noch argwöhnischer gegen die Politik gestimmt, die ihm die Bürde des Programms einer Aufrüstung der einen Hälfte der Welt gegen die andere auferlegt. Der Nationalrat für sowjetisch-amerikanische Freundschaft führt im Hinblick auf die Ratifizierung

des Nordatlantischen Vertrags durch den Senat aus, die Debatten hätten gezeigt, daß die USA hinsichtlich dieses Paktes nicht nur weitgehende militärische Verpflichtungen übernommen, sondern auch den Militarismus zum Hauptwerkzeug ihrer Außenpolitik gemacht haben. Der Pakt gebe labilen reaktionären Staatssystemen in Westeuropa die Möglichkeit, zu ihrer Rettung nach militärischen Abenteuern zu greifen, die zu unterstützen die USA sich jetzt verpflichtet hätten.

Die Ratifizierung des Nordatlantischen Vertrags durch den USA-Senat ist eine Fortsetzung der aggressiven Außenpolitik, die von der Gier der Imperialisten diktiert wird. Diese Politik ist eine Herausforderung an alle friedliebenden Völker und steht im Widerspruch zu den wahren Interessen des amerikanischen Volkes. Die Debatten im USA-Senat haben das erneut bestätigt.

Die Krise des westeuropäischen Handels

J. MENSCHINSKI

DER Hauch der Wirtschaftskrise läßt sich auch außerhalb der USA schon deutlich spüren. Die westeuropäischen Politiker und Wirtschaftsfachleute waren ebenso wie ihre amerikanischen Kollegen lange bemüht, die Symptome der um sich greifenden Krise wie eine üble Krankheit zu verheimlichen. Jetzt ist das aber gar nicht mehr möglich: die Krise überschattet bereits nicht allein die Börsen und Banken, sondern auch Tausende von Industriebetrieben.

Die Stöße der Krise machen sich besonders auf dem Gebiet des internationalen Handels fühlbar; seine schwere Lage resultiert unmittelbar aus der verderblichen Politik der Machthaber in den westeuropäischen Ländern, die diese Länder an den Streitwagen des USA-Imperialismus gekettet haben. Gerade die Dollarknechtschaft der marshallisierten Länder steht jetzt als entscheidendes Hindernis einer normalen Entwicklung des Außenhandels dieser Länder im Wege.

Dabei hängt die gesamte Wirtschaftslage der westeuropäischen Länder in bedeutendem Maße vom Zustand des Außenhandels ab. Verhältnismäßig arm an Lebensmitteln und Rohstoffen, sind sie genötigt, viel einzuführen, zum Teil

auch aus nichteuropäischen Ländern. Durch den Krieg verloren die Länder Westeuropas den größten Teil ihrer Einkünfte aus Kapitalinvestitionen im Ausland, wie auch aus Hochseetransporten, dem Fremdenverkehr und anderen Dienstleistungen. Ihre Ausfuhrmöglichkeiten waren in den ersten Nachkriegsjahren äußerst beschränkt; so ist es leicht zu begreifen, daß sie für die notwendigen Einfuhrgüter fast ihre ganzen Gold- und Dollarvorräte hingeben mußten. Ihre Handels- und Zahlungsbilanzen tragen einen ausgesprochen passiven Charakter.

Es genügt der Hinweis, daß das Passivsaldo (Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr) der Handelsbilanzen von 17 westeuropäischen Ländern im Jahre 1946 — 5,8 Milliarden Dollar, im Jahre 1947 — 8,6 Milliarden Dollar und im Jahre 1948 — 7,5 Milliarden Dollar betrug. Der Marshallplan brachte nicht nur keine Erleichterung, sondern führte zu einer weiteren Verschlimmerung der Lage: die westeuropäischen Länder mußten 1948 und im ersten Halbjahr 1949 einen weiteren Teil ihres Goldvorrats, ihrer Kapitalinvestitionen im Ausland und die Reste der ihnen gewährten Auslandskredite verausgaben. Im Mai

1949 wiesen die Bilanzen der Zentralbanken der marshallisierten Länder Gold im Werte von nicht mehr als 3,3 Milliarden Dollar und Devisen für eine Milliarde Dollar aus.

Angesichts einer solchen Sachlage sind die westeuropäischen Länder bestrebt, mit allen Mitteln ihre Ausfuhr zu erweitern, nicht selten zum Schaden des Innenbedarfs, auf Kosten einer Kürzung des Konsums der Bevölkerung. So erreichte zum Beispiel der stoffliche Umfang der englischen Ausfuhr im Laufe der ersten 5 Monate dieses Jahres 152 Prozent des Standes von 1938, während die Industrieproduktion des Landes im Vergleich zum Krisenjahr 1938 nur 124 Prozent ausmachte. England brachte von den im Jahre 1948 produzierten Werkzeugmaschinen mehr als 34 Prozent, von den Dampfturbinen rund 42 Prozent, den Textilmaschinen 57 Prozent und den Personenkraftwagen 71 Prozent auf den Außenmarkt. Unterdes wurde die Nachfrage des Binnenmarkts nicht befriedigt.

Der Umfang des französischen Exports belief sich im März 1949 auf 135 Prozent gegen den Stand von 1938, während die Industrieproduktion 122 Prozent betrug. Dabei erreichte die Ausfuhr von Betriebseinrichtungen 338 Prozent des Vorkriegsstandes. Auf Kosten ungenügender Versorgung des Landes verstärkte Frankreich den Export von Kraftwagen, Eisenbahnanlagen und Stahlrohren. Die italienische Schiffbau-, Werkzeugmaschinen- und Textilindustrie arbeitete ebenfalls hauptsächlich für den Export. Dasselbe gilt für verschiedene Zweige der westdeutschen und der belgischen Industrie.

Auf diese Weise stieg die Gesamtsumme des westeuropäischen Exports von 8,7 Milliarden Dollar im Jahre 1946 auf 17,2 Milliarden Dollar im Jahre 1948, während der ersten 4—5 Monate des Jahres 1949 aber machte sie so viel aus, daß mit einem Jahresergebnis von 20,3 Milliarden Dollar zu rechnen ist.

Diese erzwungene Exportsteigerung der westeuropäischen Länder macht den regierenden Kreisen der USA gar keine Freude. Die in den ersten Nachkriegsjahren zustande gekommene Weltmarktkonjunktur, die für die USA so günstig war, trug einen durchaus zeitweiligen Charakter. Ende des vorigen Jahres war es aus mit ihr.

Unter diesen Umständen ruft die westeuropäische Konkurrenz bei den Herren der USA-Monopole immer größere Unruhe hervor. Der Anteil der USA am Gesamtexport der kapitalistischen Welt belief sich im Jahre 1947 auf etwa 34 Prozent, im Jahre 1948 auf zirka 26 Prozent, in den ersten 4—5 Monaten von 1949 aber sank er auf 21 Prozent. Der Anteil der westeuropäischen Länder am Weltexport war 1947 auf 29 Prozent

gefallen, stieg 1948 auf 36 Prozent und in den ersten Monaten von 1949 auf 38—39 Prozent.

Das ruft einen erbitterten Kampf der europäischen und der amerikanischen Monopole um die Absatzmärkte hervor. Dieser Kampf wird um so schärfer sein, je mehr sich die bereits zum Ausbruch gekommene Wirtschaftskrise vertiefen wird.

Vor allem entbrannte wieder mit wachsender Stärke der alte Kampf zwischen den Monopolen der USA und Englands. Die Interessen dieser Monopole prallen nicht nur unmittelbar bei den Exportoperationen zusammen, sondern auch auf dem Gebiet der Devisen (Dollar- und Sterlingraum), auf den Rohstoffmärkten (Erdöl, Kautschuk, Nichteisenmetalle), im Hochseetransport und Schiffbau, in den Kolonien, Halbkolonien und besetzten Ländern (frühere italienische Kolonien, Indien, Westdeutschland, Argentinien, Japan u. a.). Diese Widersprüche werden jetzt akut.

Den Citymonopolen ist es durch Verschlechterung der Lage der englischen Werktätigen gelungen, im Jahre 1948 den Export auf 6,6 Milliarden Dollar zu bringen gegenüber 4,6 Milliarden Dollar im Jahr 1947. In den ersten 5 Monaten 1949 konnten sie den Export derart steigern, daß sein Jahresergebnis fast 7,5 Milliarden Dollar betragen wird. Das sind nahezu 15 Prozent des Weltexports.

Die englischen Monopole haben auf den Märkten des britischen Weltreiches die Vormachtstellung. Der Anteil der vom englischen Kapital beherrschten Länder am Weltexport beträgt ungefähr 25 Prozent. England tritt auf den internationalen Märkten als Großlieferant von Kraftwagen, Traktoren, Schiffen, Erdölzeugnissen, Textilien, Chemikalien und anderen Waren auf.

Frankreich sucht es England nachzutun. In den ersten Monaten des Jahres 1949 hat es im Export Kanada überholt und den dritten Platz in der kapitalistischen Welt eingenommen. Auch französische Waren, namentlich Kraftwagen, Textilien, Kunstdünger und Landmaschinen konkurrieren auf den Märkten vieler Länder mit gleichartigen Waren aus den USA.

Der Kampf um die Märkte verschärft sich noch mehr infolge der Wiederaufnahme des Exporthandels Westdeutschlands (Kohle, Kraftwagen, Schiffe, Präzisionserzeugnisse) und Italiens (Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen, Kraftwagen, Kunstfasern).

Alles das beunruhigt die regierenden Kreise der USA. Die amerikanischen Exporthändler klagen, daß nicht nur die USA-Kohle bald den europäischen Markt verlieren wird, sondern daß auch einige „traditionelle“ Exportwaren der USA (z. B. Weizen und Tabak) in Westeuropa auf

Absatzschwierigkeiten stoßen werden. In der von Hoffman geleiteten sogenannten Administration für wirtschaftliche Kooperation laufen bereits zahlreiche Klagen der Kohlen- und Tabakexporteure, der Getreidehändler, Mühlenbesitzer, Textilfabrikanten, Pflanzenölerzeuger, Reeder und Versicherungsgesellschaften über Schwierigkeiten im Export nach Europa ein. Die Hoffman-Administration erklärte den Regierungen der westeuropäischen Staaten, eine Hebung der Stahlproduktion in Westeuropa sei in den nächsten Jahren unerwünscht. Die Verhandlungen der Stahlindustriellen Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands und des Ruhrgebiets über Organisation eines westeuropäischen Stahlkartells sind von den regierenden Kreisen der USA von allem Anfang an feindselig aufgenommen worden.

Die USA-Monopole sind bestrebt, ihren Export in die Länder Westeuropas aufzublähen, zur gleichen Zeit aber behindern sie entschlossen den Import aus diesen Ländern in die Vereinigten Staaten. Die zunehmende Krise führt zu einer weiteren Verschärfung dieses Gegensatzes. Besonders klar sieht man das am Beispiel Englands. Dieser Tage veröffentlichte Angaben über Juni und das zweite Kalenderviertel 1949 vermitteln eine Vorstellung von den wachsenden Außenhandelsschwierigkeiten Englands.

Die Ausfuhr betrug im Juni 143,1 Millionen Pfund Sterling, 8,3 Millionen weniger als im Mai. Am stärksten ging die Ausfuhr von Kraftwagen und Textilien zurück. Die Einfuhr belief sich im Juni auf 201,7 Millionen Pfund Sterling, was 6,9 Millionen Pfund mehr als im Mai sind. Die Einfuhrspitze machte im Juni 54,2 Millionen Pfund Sterling aus und war somit um 16,4 Millionen höher als im Mai.

Im zweiten Kalenderviertel belief sich die Gesamtausfuhr Englands auf 431,9 Millionen Pfund Sterling, lag also um 28 Millionen unter dem Stand des ersten Vierteljahrs. Die Einfuhr betrug im zweiten Kalenderviertel 566,1 Millionen Pfund Sterling und war damit um 43,3 Millionen höher als im ersten Quartal. Nach einer Erklärung Cripps' erreichte der Fehlbetrag im englischen Handel mit dem Dollarraum im Laufe eines halben Jahres 160 Millionen Pfund Sterling.

Die Wirtschaftsgegensätze zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern wachsen an wie eine Lawine. Zur gleichen Zeit verschärfen sich die Gegensätze zwischen den westeuropäischen Ländern. Die zahlreichen Organe der „europäischen Wirtschaftszusammenarbeit“, all diese Räte, Ausschüsse und Kommissionen, die im marshallisierten Westeuropa wie Pilze nach dem Regen hervorschießen, können nicht über das

Anwachsen und die Zuspitzung dieser Gegensätze hinwegtäuschen.

Es genügt, an die lang währende und immer noch nicht abgeschlossene Balgerei der Regierungen der marshallisierten Länder um die „inter-europäischen Verrechnungen“ zu erinnern. Die gepriesene wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der marshallisierten Länder erinnert hier genau so wie in vielen anderen Fällen am meisten an die Zusammenarbeit von Spinnen, die man in ein Glasgefäß gesperrt hat. Dieser Umstand läßt sich immer schwerer verheimlichen. Die Spalten der kapitalistischen Presse strotzen von Wiedergaben der Zänkereien zwischen Ministern verschiedener westeuropäischer Länder untereinander sowie zwischen ihnen und ihren Schutzherrn aus den USA.

Alle westeuropäischen Länder sind bestrebt, viel zu exportieren und gleichzeitig ihre Einfuhr möglichst zu beschränken, vor allem die Einfuhr aus den Ländern der „festen“ Dollarvaluten. Aber die Außenmärkte der kapitalistischen Welt sind beschränkt, und je mehr neue Schranken gegen den Import errichtet werden, desto schwieriger wird der Export.

Schon jetzt sind die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den westeuropäischen Ländern verhältnismäßig stark. In nächster Zukunft werden sie sich unvermeidlich noch mehr zuspitzen. Das ist z. B. aus den Ende 1948 von den marshallisierten Ländern aufgestellten Vierjahresvoranschlägen für die Entwicklung des Außenhandels ersichtlich. Das englische Programm, das vorsieht, in Europa mehr zu verkaufen als zu kaufen und auf die Einfuhr von Luxusartikeln zu verzichten, steht im scharfen Widerspruch zu dem französischen Voranschlag, der eine gesteigerte Ausfuhr von Wein, Textilien und Luxusartikeln nach England vorsieht. Die Voranschläge der Beneluxländer, die einen weitgehenden Import aus Übersee ins Auge fassen, widersprechen den Absichten Englands und anderer westeuropäischer Länder. Diese sind ferner ernsthaft beunruhigt über den Kurs der USA auf die Wiederherstellung der deutschen Schwerindustrie und auf Steigerung des deutsch-amerikanischen Handels um 25 Prozent gegenüber dem Stand von 1936. Die berüchtigten „Vierjahresprogramme“ der marshallisierten Länder lassen in fast allen ihren Abschnitten einen tiefen Antagonismus zutage treten.

All dies macht die Binnenwirtschaft der westeuropäischen Länder äußerst labil. Kaum hat die Gesamtindustrie, vor allem durch Arbeit für den Export, den Stand des Vorkriegsjahres 1938, eines Krisenjahres, erreicht, so sieht sie sich wieder der Gefahr einer Produktionseinschränkung wegen Absatzschwierigkeiten gegenübergestellt.

Der Beginn der Wirtschaftskrise veranlaßt die USA, den Kampf um die Außenmärkte und die Positionen, die die westeuropäischen Länder in den letzten 12 bis 18 Monaten zu erringen vermochten, zu verstärken. Das bedroht die Länder Westeuropas mit neuen Gefahren. Ein bedeutender Teil der Waren, die bis zur letzten Zeit auf Außenmärkten abgesetzt werden konnten, wird jetzt auf dem Binnenmarkt bleiben. Aber im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage und der verringerten zahlungsfähigen Nachfrage der Bevölkerung ist der Binnenmarkt äußerst geschrumpft. In den letzten Monaten geht der Lebensmittelverkauf überall zurück, im Textil-, Kleider- und Schuhhandel sind Stockungen eingetreten. Der Absatz von Möbeln, Rundfunkapparaten und elektrischen Haushaltsgeräten ist jäh zurückgegangen.

Die äußerst beschränkte Kaufkraft der Bevölkerung in den westeuropäischen Ländern weist weiter eine sinkende Tendenz auf. Zusammen mit der Verringerung der Exportmöglichkeiten droht dies mit einem katastrophalen Zusammenbruch der Industrieproduktion.

Schon jetzt machen sich bedrohliche Symptome eines solchen Zusammenbruchs bemerkbar. So hat die Firma Standard Motor Company in England infolge des Exportrückgangs 1700 Arbeiter entlassen. Auch die Fordwerke in Dagenham haben Arbeiterentlassungen vorgenommen. Die Traktorenwerke in Coventry sowie die Automobilreifenfabrik Dunlop Rubber Co. sind jede Woche nur drei Tage in Betrieb. Während 1947 die Schiffbauaufträge 1 814 000 Bruttoregistertonnen und im nächsten Jahre 1 345 000 Bruttoregistertonnen ausmachten, sind sie seit Anfang 1949 so sehr gesunken, daß mit einem Jahresergebnis von 700 000 Tonnen gerechnet wird.

In Frankreich haben die Lokomotivbauwerke trotz stark gedrosseltem Beschäftigungsgrad nur für ein Jahr Aufträge, wobei 50 Prozent der Lokomotiven für den Export bestimmt sind. Nach Ausführung dieser früher erhaltenen Auslandsaufträge haben die Werke faktisch nichts mehr zu tun. Die Hälfte der Arbeiter der belgischen Wollindustrie ist wegen Ausbleibens französischer und holländischer Aufträge aufs Pflaster geworfen worden. In Italien verursacht die Ausfuhrschrumpfung eine jähe Produktionseinschränkung in der Textilindustrie, in der Traktorenerzeugung wie auch in der Erzeugung mehrerer anderer Güter. Das führt zu einer noch größeren Steigerung der ohnehin schon gewaltigen Arbeitslosigkeit im Lande.

Der Außenhandel der westeuropäischen Staaten dreht sich in einem verwunschenen Kreise, aber die derzeitige Politik ihrer Regierungen

schaft keinen Ausweg aus diesem Kreise und ist auch unfähig, einen solchen Ausweg zu schaffen. Die Forderungen der USA-Monopole sind zynisch einfach: Abbau der Zollschranken und sonstigen handelspolitischen Beschränkungen in den europäischen Ländern, Rückkehr zum Vielpartnerhandel, allseitige Steigerung der Einfuhr aus den USA unter Gewährung der Rechts an die USA-Exporteure, ihren europäischen Erlös in Dollars zu transferieren.

Ein solcher Weg führt aber erfahrungsgemäß zum raschen Zusammenbruch der Wirtschaft der westeuropäischen Länder, zur Liquidierung ihrer wichtigsten Industriezweige, zu ihrer Verwandlung in Kolonien der USA-Monopole. Bei all ihrer Hingabe an die amerikanischen Chefs versuchen die regierenden Kreise verschiedener westeuropäischer Länder doch, irgendeinen anderen Ausweg zu finden. Nach ihren Plänen sollen die Länder Westeuropas sich bemühen, möglichst viel in die Länder der „festen“ Devisen auszuführen und gleichzeitig die Einfuhr aus diesen Staaten zu beschränken, dafür aber in jenen Ländern mehr einzukaufen, in denen keine Dollarzahlungen erforderlich sind. Das ist der Weg des Abschlusses zweiseitiger Abkommen, begleitet von verstärkten Devisenbeschränkungen und Lizenzsystemen. Die englische Regierung versucht jetzt, diesen Weg zu gehen. Das kam namentlich im Abschluß des englisch-argentinischen Abkommens zum Ausdruck, gegen das die USA-Kreise so heftig zu Felde zogen.

Aber auch diese Methode bringt keinen Ausweg aus dem verwunschenen Kreis. Eine Einschränkung des Imports aus den USA und aus andern Ländern der westlichen Halbkugel sowie Entfaltung des Handels auf der Grundlage bilateraler, lediglich auf die kapitalistischen Länder beschränkter Abkommen ermöglicht es den westeuropäischen Ländern nicht, ihre Zahlungsspitzen auszugleichen. Diese Länder erzeugen ja in bedeutendem Maße ein und dieselben Industriewaren, die in Westeuropa keinen Absatz finden können. Dabei benötigen aber alle diese Länder viele Arten von Rohstoffen und Lebensmitteln, die es in Westeuropa nicht gibt.

Unter diesen Umständen gewinnt das Problem einer Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie eine besondere Bedeutung. Die regierenden Kreise der westeuropäischen Länder stehen nun dem Beginn der Wirtschaftskrise, des Rückgangs der Industrieproduktion und der Senkung des Außenhandels gegenüber und können sich nicht mehr über die Tatsache hinwegsetzen, daß ihre Nachbarn im Osten Europas Länder sind, in denen es keine

Wirtschaftskrisen gibt und geben wird, in denen sich die Produktion und der Außenhandel in raschem und sicherem Tempo entwickeln. Diese Länder könnten vorteilhafte Handelspartner sein.

In der Sowjetunion ist die Bruttoproduktion der Industrie 1948 im Vergleich zum Vorjahr um 27 Prozent gestiegen; im zweiten Kalenderviertel ist sie um weitere 20 Prozent über den Stand des gleichen Kalenderviertels von 1948 hinausgekommen. In der Tschechoslowakei ist der Index der Industrieproduktion 1948 um 16 Prozent gestiegen, in Polen um 26 Prozent, in Ungarn um 32 Prozent, in Bulgarien um 27 Prozent. 1949 dauert der Aufschwung der Wirtschaft in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie mit unverminderter Stärke an. Ebenso wie die Industrieproduktion entwickelt sich auch der Außenhandel der Länder, die aus dem kapitalistischen System ausgeschieden sind, bedeutend rascher als der Handel der kapitalistischen Länder. So ist die Ausfuhr Ungarns 1948 im Vergleich zu 1947 um 86 Prozent gestiegen, die der Tschechoslowakei um 31 Prozent und Polens um 113 Prozent. Insgesamt haben die Länder der Volksdemokratie 1948 ihren Export um 65 Prozent und ihren Import um 46 Prozent gesteigert.

Die Außenhandelspolitik der regierenden USA-Kreise verfolgt den Zweck, einen Abbruch der Beziehungen der westeuropäischen Länder zur Sowjetunion und zu den Ländern der Volksdemokratie herbeizuführen.

Diese Politik verfolgt zwei Hauptziele. Erstens will sie die westeuropäischen Länder nicht der amerikanischen Knechtschaft entgehen lassen und sie zwingen, die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel auch in Zukunft bei den USA-Monopolen zu überhöhten Preisen zu kaufen. Zweitens wiegen sich die für die USA-Politik maßgebenden Leute, wenn sie Diskriminierung des Handels mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie fordern, in der vergeblichen Hoffnung, auf diesem Wege den stürmischen Aufschwung der Wirtschaft dieser Länder aufhalten zu können. Nach Angaben, die der Wirtschaftsausschuß der UNO für Europa veröffentlichte, belief sich der stoffliche Umfang des Exports der westeuropäischen Länder in die Sowjetunion und in die Länder

der Volksdemokratie 1948 nur auf 43 Prozent und der Umfang ihrer Einfuhr aus diesen Ländern auf 41 Prozent des Standes von 1938.

Im Frühjahr 1949 wurden die USA mit ihren Forderungen, die westeuropäischen Länder sollten den Handel mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie einer Diskriminierung unterwerfen, besonders heftig und unverfroren. Die englische Regierung erließ am 31. März 1949 in Übereinstimmung mit diesen Forderungen eine Verfügung, die faktisch gegen die Ausfuhr bestimmter Rohstoffarten und Betriebseinrichtungen in die Sowjetunion und in die Länder der Volksdemokratie gerichtet ist. Die französische Regierung betreibt die Diskriminierung in etwas mehr verschleierte Form. In Italien weigerten sich die Ansaldo-Werke, einen Auftrag der Sowjetunion auf Raupenbagger auszuführen, wie sie auch die Bestellungen Ungarns und Rumäniens auf Bohreinrichtungen für die Erdölindustrie nicht ausführen. In Italien lagernde Traktoren für die Landwirtschaft dürfen nicht in die Länder Osteuropas befördert werden.

Aber weder der Druck der angeblich allmächtigen USA-Monopole noch die Bemühungen ihrer Agenten in Europa sind imstande, die greifbare Tatsache zu widerlegen, daß die Wirtschaft der westeuropäischen Länder lahmgelegt ist, wenn man sie von Osteuropa abschneidet. Diese Tatsache hat ihre freiwillige oder unfreiwillige Bestätigung darin gefunden, daß trotz dem Widerstand der USA Ende 1948 und Anfang 1949 mehrere Handelsabkommen zwischen Ländern West- und Osteuropas abgeschlossen worden sind.

Die westeuropäischen Länder müssen dabei natürlich mit dem Umstand rechnen, daß die Länder Osteuropas heute nicht mehr wie ehemals Agrar- und Rohstoffanhänger eines industriellen Westeuropas sind. Es kann auch keine Rede sein von einer einfachen Wiederaufnahme des intereuropäischen Handels in seiner alten Form, bei der die westeuropäischen Länder den osteuropäischen Staaten im Austausch gegen Lebensmittel und Rohstoffe nur Konsumwaren lieferten, und auch diese zu horrenden Preisen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern, die den sozialistischen Weg gehen, ist nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils möglich.

Internationale Umschau

(Notizen)

IN FORRESTALS FUSSTAPFEN

Nachdem Feldmarschall Montgomery Vorsitzender des Ausschusses der Oberbefehlshaber beim Ständigen Verteidigungsrat der Westlichen Union geworden ist, ergeht er sich in äußerst kriegerischen Reden. Die englische Regierung mußte sich unlängst aus diesem Anlaß im Unterhaus sogar zu Erklärungen herbeilassen. Aus dem Diplomatischen in die gewöhnliche Sprache übersetzt, laufen diese Erklärungen darauf hinaus, daß Montgomery erstens „als Mensch“ und zweitens „als Mann auf internationalem Posten“ berechtigt sei, alles zu reden, was ihm in den Kopf kommt. Mit anderen Worten, Montgomery ist das Recht gewährt worden, schädliche und gefährliche Dummheiten auszusprechen.

Montgomery neigt offenkundig dazu, dieses Recht zu mißbrauchen. Davon zeugt eine Vorlesung, die er unlängst in Holland hielt und in der er nicht nur seine Ansichten über die militärischen Kräfte und die Kriegsvorbereitungen der Länder der Westlichen Union, sondern auch seine Auffassung von der internationalen Lage darlegte. Montgomerys Philosophie kann sehr kurz zusammengefaßt werden: der Feind ist der Kommunismus. Gegen den Kommunismus sind auch die militärischen Kräfte gerichtet, an deren Spitze er steht. Mehr noch: Feldmarschall Montgomery erklärte, er befände sich im Kriegszustand mit dem Kommunismus. Was ihn persönlich angeht, so kann man das glauben. Aber Montgomery hat recht kühn „alle Völker des Westens“ zu seinem Gefolge gemacht. Er erklärte:

„Wie ich es sehe, stehen die Völker des Westens heute im Krieg mit dem Kommunismus.“

Hier verwechselt Montgomery seine eigene Person mit den Völkern des Westens. Seine geheimen Wünsche gibt er als Wirklichkeit aus.

In Wirklichkeit führen aber die Völker des Westens jetzt vor allem einen Kampf gegen den Nordatlantischen Vertrag und seine Urheber, die einen neuen Krieg vorbereiten. In Italien haben 7 Millionen die Petition an das Parlament unterzeichnet, in der gegen die Ratifizierung dieses Pakts protestiert wird. „Krieg gegen den Kommunismus“ führen nur die volksfeindlichen Klüngel, die sich vor der Wahrheit und der Gerechtigkeit fürchten, der die kommunistischen Parteien

aller Länder dienen. Vor allem aber fürchten diese Klüngel und die von ihnen besoldeten Feldmarschälle den Kampf um den Frieden, den das arbeitende Volk aller Länder, darunter auch der Länder Westeuropas, zusammen mit den Kommunisten führt.

Wie Reuter meldet, hielt Montgomery seine Vorlesung vor holländischen Offizieren. Die Götter sind Zeugen, daß diese Offiziere wirklich einer besseren militärischen Ausbildung bedürfen! Davon sprechen ja schon die Erfahrungen, die gemacht wurden, als Hitler in Holland einfiel. Aber die Vorlesungen Feldmarschall Montgomerys werden den Offizieren wohl kaum Nutzen bringen. Eher im Gegenteil. Montgomery prahlt z. B., daß „die vereinigten Kräfte der Länder der Westlichen Union einen beliebigen künftigen Aggressor besiegen können“. Dabei ist es allbekannt, daß der einzige künftige Aggressor der Atlantikblock ist. Es gibt keine anderen Aggressoren und es sind auch keine anderen Aggressoren zu erwarten, außer diesem Block, dessen Häuptlinge Montgomery den Sold zahlen. Weshalb schneidet er dann so bombastisch auf?

Montgomerys kriegerisches Geschrei hat einen ganz bestimmten Zweck: es soll die Kriegshysterie anfachen. Er sagte in seiner Vorlesung ohne Umschweife, er sei gar nicht am Frieden interessiert, der Friede stehe für ihn an letzter Stelle. Montgomery betonte unverfroren:

„Sie werden bemerkt haben, daß ich den Frieden zuletzt erwähne... man muß eben begreifen, daß der Friede ein Nebenprodukt und nicht das unmittelbare Ziel ist...“

Wir sehen also, daß der Vorsitzende des Ausschusses der Oberbefehlshaber der Westlichen Union als geschworener Kriegsbrandstifter spricht. Der Friede interessiert ihn nicht. Ihn interessiert der Krieg. Aber die Völker des Westens, in deren Namen Montgomery irgend etwas zu behaupten versucht, diese Völker interessieren sich doch vor allem für den Frieden! Für sie ist der Friede das allerwichtigste Ziel und die allerwichtigste Aufgabe.

Hier liegt der größte und hauptsächliche Rechenfehler Montgomerys. Die Völker aller Länder, darunter auch die des Westens, betrachten die Brandstifter des neuen Krieges, den nach Forrestal jetzt Montgomery zu predigen wagt, als ihren Feind Nr. 1.

MACARTHURS KRIEG GEGEN DIE JAPANISCHE DEMOKRATIE

Wozu befinden sich die USA-Truppen in Japan? Um Besatzungsdienst zu leisten? Keine Spur. Nach Washingtoner Pressemeldungen kommt den Besatzungspflichten, die früher einmal die Hauptfunktion der USA-Truppen bildeten, jetzt eine unwesentliche, zweitrangige Bedeutung zu. Die neue Parole lautet: „Kampfbereiter Soldat!“

Die USA-Soldaten werden in Japan schon lange zum „Kampf“ vorbereitet. Wie die Zeitschrift „Time“ erinnert, begann General MacArthur, als er vor vier Jahren auf Deck der „Missouri“ den Kapitulationsakt unterschrieb, „einen neuen Krieg“. Das war der Krieg gegen die japanische Demokratie, gegen die Werktätigen, die ihre Rechte und Interessen verteidigen.

General MacArthur hat in derartigen Kriegen Erfahrung. Vor 45 Jahren zeichnete er sich als milchbärtiger Leutnant bei grausamen Expeditionen gegen das Moro-Volk auf den Philippinen aus. Ihm gehört der zweifelhafte Ruhm, die amerikanischen Kriegsveteranen, die 1932 einen Hungermarsch nach Washington organisiert hatten, „besiegt“ zu haben. Als Generalstabschef der USA-Armee fiel er damals an der Spitze der mit Maschinengewehren und Tränengasbomben ausgerüsteten Truppen über die hungernden Veteranen her. Viele von ihnen wurden getötet oder verwundet.

In Japan hat sich MacArthur nach dem Zeugnis der gleichen „Time“ das Ziel gesetzt, vom Antlitz der japanischen Kommunisten „das Lächeln auszulöschen“; zu den Kommunisten aber rechnet er die Millionen Werktätigen, die gegen die Zaubatsu und den Militarismus sowie gegen die Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung protestieren.

Am 4. Juli veranstaltete MacArthur eine Parade seiner Streitkräfte und hielt vor ihnen eine Brandrede. Seine Forderung lief darauf hinaus, daß die Arbeiterbewegung für vogelfrei erklärt werde. Am nächsten Tag erörterte das japanische Kabinett bereits außerordentliche Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. Unter anderen Maßnahmen dieser Art wurde vorgeschlagen: Verbot der Kommunistischen Partei, Verhängung des Ausnahmezustandes, Befehl an die Polizei, jeden, „der in Regierungsgebäude eindringt“, auf der Stelle niederzuschießen und dergleichen mehr. Die Polizei wird verstärkt und soll auf mehr als 2 Millionen Mann gebracht werden.

Am 13. Juli forderte der Vertreter der Sowjetunion in der Fernostkommission, A. S. Panjuschkin, erneut, daß die Fernostkommission sich mit dem Vorgehen des Stabs MacArthurs befasse, der den Feldzug der japanischen Reaktion gegen

die demokratischen Kräfte inspiriert und dirigiert und damit die Grundsätze der Potsdamer Deklaration sowie die Beschlüsse der Fernostkommission gröblich verletzt.

Der Krieg, den MacArthur, sein Stab und seine Tokioer Marionetten aus dem Kabinett Yoshida gegen die japanische Demokratie führen, darf nicht länger geduldet werden. Die Sowjetöffentlichkeit erwartet, daß diesmal die Fernostkommission eine Frage von derart lebenswichtiger Dringlichkeit unverzüglich erörtern und die gebührenden Maßnahmen ergreifen wird.

FREUNDE MIT VERSTECKTEN MESSERN

Die englische und die amerikanische Presse schenken einer Beratung große Aufmerksamkeit, die Truman am 14. Juli im Blairhouse, einem alten Prachtbau in Washington, abhielt. Die Beratung, an der namhafte offizielle Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten teilnahmen — Staatssekretär Acheson, Verteidigungsminister Johnson, der Vorsitzende der Chiefs der Vereinigten Stäbe, General Eisenhower, der Vorsitzende der Kommission für Atomenergiekontrolle, D. Lilienthal, Vizepräsident Barkley, der Vorsitzende der Vereinigten Atomenergiekommission des USA-Kongresses, Senator MacMahon sowie die Senatoren Connally, Vandenberg und andere —, fand unter dem Schleier des tiefsten Geheimnisses statt. Wie es aber in solchen Fällen zu sein pflegt, „sickerten“ doch gewisse Informationen in die Presse durch.

Die sensationslüsterne USA-Presse bringt im Zusammenhang mit der Sitzung im Blairhouse widerspruchsvollste Meldungen in Hülle und Fülle. Aber fast alle Kommentatoren stimmen darin überein, daß im Blairhouse über die Wahrung des Atombombenmonopols der USA debattiert wurde.

Dabei erfährt man interessante Einzelheiten.

Erstens haben die USA, wie sich jetzt herausstellt, ihrem nächsten Verbündeten, England, schon seit Januar 1948 keine Informationen über die Atombombenerzeugung geliefert.

Zweitens hat die englische Regierung die Regierung der USA schon vor 16 Monaten dringend gebeten, sie möge ihr doch die neuesten, sogenannten „metallurgischen“ Geheimnisse verraten, die das Endstadium der Atombombenerzeugung betreffen. Diese Bitte wurde nicht berücksichtigt.

Drittens stellt sich schließlich aus einer Meldung der „New York Herald Tribune“ heraus, daß sich die Londoner Politiker, gekränkt über die Unaufmerksamkeit ihrer Seniorpartner, erküht haben, zu Drohungen zu greifen. Die britische

Regierung unternahm vor kurzem eine Demarche in Washington: sie erklärte unter Berufung auf ein im Kriege abgeschlossenes Übereinkommen betreffs Ausbeutung der Uranerzvorkommen in Belgisch-Kongo durch England und die USA auf paritätischer Grundlage, wenn England keine „weitergehende Zusammenarbeit“ mit den USA gewährleistet werde, werde es „auf seinem Recht bestehen müssen“, Uran aus Belgisch-Kongo zu beziehen. Die Ausführung dieser Forderung hätte eine bedeutende Einschränkung der Uranlieferungen nach den USA zur Folge, was nach den Worten der „New York Herald Tribune“ die Ausführung des USA-Programms für die Atombombenherstellung bedeutend erschweren würde. Eben dieses Ultimatum war Gegenstand der Geheimberatung im Blairhouse.

Aus den Anspielungen einflußreicher amerikanischer Presseorgane ist zu schließen, daß die regierenden Kreise der USA absolut nicht geneigt sind, das Atombombengeheimnis mit England zu teilen. Sie ziehen es offensichtlich vor, nach dem Grundsatz zu handeln: Freundschaft, aber keine Gütergemeinschaft. Sie wollen sich den Monopolbesitz der Atombombe bewahren, da sie auch die Möglichkeit nicht aus dem Auge lassen, mit diesem Geheimnis selbst ihre nächsten großen und kleinen Freunde und Satelliten erpressen zu können.

Freundschaft mit verstecktem Messer ist von jeher ein kennzeichnender Wesenszug der kapitalistischen Welt gewesen. Aber die Technik entwickelt sich, und heutzutage bedient sich die Wall Street lieber der Atombombe als würdigen Ersatzes für ein Messer.

EINE PROVOKATION TANNERS

Als die Organisationen der klassenbewußten Arbeiter Finnlands den 50. Jahrestag des Beginns der sozialistischen Bewegung im Lande begingen, meldeten sich auch die rechten Sozialdemokraten aus diesem Anlaß zu Worte, aber selbstverständlich in der ihnen eigenen Weise. Sie veranstalteten am 17. Juli in Turku eine Kundgebung, welcher Ministerpräsident Fagerholm, der Kriegsverbrecher Tanner, Gouverneur Härmä und USA-Emissär Tokoi als Ehrengäste beiwohnten.

Fagerholm hielt eine lange Rede, in der er gegen die Arbeiter und die Kommunistische Partei viele grundlose Anschuldigungen erhob, da er die Öffentlichkeit des Landes von den verderblichen Folgen des gegenwärtigen Kurses der sozialdemokratischen Regierung ablenken wollte.

Tanner wagte es nicht, eine Rede zu halten. Er lieferte seinen Beitrag zur Jubiläumsfeier in etwas anderer Form. Am gleichen Tag, dem 17. Juli, veröffentlichte er in „Suomen Sosialidemokraatti“ einen Artikel, der von Lügen und schmutziger Verleumdung gegen die Kommunistische Partei Finnlands strotzt.

Schimpfkanonaden, plumpe Entstellung der historischen Tatsachen, gemeine Ausfälle gegen hervorragende Kämpfer der finnischen und internationalen Arbeiterbewegung, schmutzige Insinuationen über die „Hand Moskaus“ — das sind die „Argumente“, die Hitlers finnische Kreatur vorbringt. Von seinen hochgestellten Kollegen aus dem Gefängnis befreit, kriecht der Kriegsverbrecher Tanner wieder in die politische Arena. Vergebliche Mühe! Die ganze Welt denkt daran, daß Tanner und seine Freunde es waren, die die Lebensinteressen und das Blut des finnischen Volkes an Hitler verkauften und Finnland auf seiten Hitlerdeutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion stürzten.

Die demokratische Presse Finnlands hat dem provokatorischen Ausfall des Faschisten Tanner die gebührende Abfuhr erteilt. Die Zeitung „Työ-kansan Sanomat“ schreibt, daß

„die krankhafte Hysterie des Quislings Tanner in der Sonntagsnummer von ‚Suomen Sosialidemokraatti‘ kein Zufall war... Es war wohl die Hoffnung auf einen neuen Krieg, die den kriegserischen Tanner zu seiner eines Goebbels würdigen Provokation anregte.“

Die Zeitung veröffentlichte auch eine Photoaufnahme der Zusammenkunft Tanners und seiner Kollegen mit Hitler, der 1942 nach Finnland kam, um seine Landsknechte zu inspizieren.

Die jetzigen Machthaber in Finnland setzten Tanner zuerst auf freien Fuß und stellten dem Kriegsprovokateur dann noch eine Tribüne zur Verfügung. Diese Tribüne ist das Organ der finnischen Regierungspartei.

CHURCHILL IST BELEIDIGT...

Der in Nr. 26 der „Neuen Zeit“ veröffentlichte Artikel: „Die Legende von der ‚Schlacht um England‘“ hat, gerade weil er die wahren Tatsachen zeigt, einen Sturm im Äther hervorgerufen: die britischen Rundfunkkommentatoren spien tagelang in vielen Sprachen Gift und Galle. Da die Londoner Donnerschleuderer aber sachlich nichts gegen den Artikel einwenden konnten, boten sie der Welt den komischen Anblick gereizter Ohnmacht.

Im Artikel „Die Legende von der ‚Schlacht um England‘“ wird auf Grund von Dokumenten nachgewiesen, daß Hitler im Jahre 1940 Luftangriffe gegen England unternahm, um das englische Volk

durch eine Invasionsdrohung einzuschüchtern und den Münchenern die Möglichkeit zu geben, das von ihnen schon lange geplante englisch-deutsche Abkommen gegen die Sowjetunion in die Tat umzusetzen.

Churchill, dem Mann, der gerade jetzt den zweiten Band seiner verlogenen Memoiren unter dem prahlerischen Titel „Herrlichste Stunde“ herausgegeben hat und mit allen Kräften bemüht ist, die Pose des „Retters Englands“ zu wahren, ist diese Wahrheit sehr unangenehm. Churchill ist tödlich beleidigt, und die BBC-Leiter, die außerordentliches Feingefühl für seine Empfindungen aufbringen, beeilten sich, ihn in Schutz zu nehmen.

Doch blinder Eifer schadet nur. So ging es auch diesmal. Die BBC-Sprecher leierten eintönig ihr Sprüchlein her, Hitler habe ebenso wie Napoleon nicht gewagt, in England zu landen, er habe die „Schlacht um England“ in der Luft verloren und deshalb die von ihm vorbereitete Invasion aufgeschoben. Hitler habe, kurz gesagt, beabsichtigt, in England einzufallen, sei aber nicht dazu gekommen, denn Churchill habe ihn daran gehindert.

Hätten die Verfasser dieser Sendungen zumindest gelesen, was Churchill selbst schrieb, so wüßten sie folgendes:

„Es war bekannt, daß unsere Armeen in England fast völlig unbewaffnet waren... Tatsächlich gab es im Lande kaum 500 Feldgeschütze aller Art und kaum 200 mittlere und schwere Panzer.“

Nicht nur Churchill, sondern auch Hitler wußte, wie hilflos die englische Armee nach Dünkirchen dastand. Er wußte auch, daß die britische Luftwaffe zahlenmäßig weit schwächer als die deutsche war. Die Verfasser der „Dementis“ hätten auch den amtlichen Bericht des Hauptluftmarschalls Lord Dowding lesen sollen, der 1936 bis 1940 die englische Jagdwaffe befehligte. In diesem Bericht heißt es insbesondere:

„Im Laufe dieser Attacken“ (im Herbst 1940) „hatten die Flugplätze der Jagdwaffe, ihre Kommunikationslinien und der gesamte Bodendienst schwere Verluste erlitten, die im allgemeinen unterschätzt wurden.“

Im selben Bericht wird auch erklärt, daß die Luftstreitkräfte keinen weiteren Ersatz durch volle Einheiten erhielten. Dowding bezeugt mit anderen Worten, daß die Luftschlacht über England von Hitler faktisch gewonnen, nicht aber verloren wurde, wie es die Dementischreiber aus der BBC behaupten.

Die Deutschen wußten, daß die britischen Luftstreitkräfte nach dem Kampf gegen die überlegenen Kräfte des Gegners ihren tapferen Widerstand nur schwer fortsetzen konnten. Eben aus

diesem Grunde blies Göring am 6. September die zur Aufreißung der britischen Jagdwaffe geführte Luftschlacht ab und verlegte die Schläge auf London. Diese Schläge sollten den Abschluß der ganzen Operation bilden, deren Ziel nicht der Einfall der deutschen Divisionen in England, sondern die Herbeiführung eines Waffenstillstands mit England unter Vermittlung der britischen Münchener war. Dieser Plan mißlang. Das britische Volk gestattete es den Münchenern nicht, seine Interessen noch einmal zu verraten. Aber die BBC verschweigt diese wichtige Tatsache...

Was bleibt schließlich von dem donnernden „Dementi“ übrig? Nichts außer einer unbestreitbaren These, der man sich unbedingt anschließen muß:

„Hitler empfand, daß er auf jeden Fall erst einmal mit der Sowjetunion abrechnen müsse, ehe er alles auf einen Einfall in England setzen könnte.“

Daraus ergibt sich aber, daß sich der wirkliche Kampf um England auf den Feldern der Sowjetunion abspielte. Churchill und seine Kumpane brachen dagegen, um der Sowjetunion den Sieg zu erschweren, ihr feierliches Versprechen, im Jahre 1942 eine zweite Front in Europa zu eröffnen, und eröffneten diese erst im Sommer 1944, als die Sowjetunion in ihrem Zweikampf gegen das faschistische Deutschland und seine Satelliten die größte Schlacht der Geschichte, die Schlacht um die Freiheit Englands, Europas, um die Freiheit der ganzen Welt, faktisch schon gewonnen hatte.

Zwischen dieser unwiderlegbaren Tatsache und der Eigenreklame Winston Churchills liegt eine solche Kluft, daß die Gereiztheit Churchills und die Unruhe seiner Knappen aus der BBC durchaus begreiflich ist.

GEWERKSCHAFTSDEMOKRATIE NACH AMERIKANISCHEM MUSTER

Während des jüngsten Kongresses des amerikanischen Automobilarbeiterverbandes beeilten sich die Passanten vor dem Hotel, in dem die Delegierten wohnten, auf den Fahrdamm zu kommen, von wo aus sie unruhig in die Höhe blickten. Von oben kamen Bierflaschen, Tintenfüßer und gewichtige Telefonbücher herab. All das fiel natürlich nicht vom Himmel, sondern aus den Fenstern der Hotelzimmer, in denen sich die Günstlinge des Verbandsvorsitzenden, des rechten Sozialdemokraten Walter Reuther, auf ihre Art vergnügten. Zwei unvorsichtige Kinder wurden durch fallende Flaschen verletzt. Nach einer Meldung der Associated Press mußte Reuther auf dem

Kongreß ausdrücklich gegen das „unanständige“ Benehmen vieler Delegierter Einspruch erheben.

Im Sitzungssaal benahmen sich die reaktionären Rowdys nicht viel anständiger. Vier Tage lang war der Kongreß damit beschäftigt, mit den linken Elementen in der Gewerkschaft Abrechnung zu halten. Nach kurzer Debatte nahm die von Reuther zustande gebrachte Mehrheit dann im Statut solche Änderungen vor, daß von den demokratischen Rechten der Gewerkschaftsmitglieder nichts mehr übrigblieb. Es wurde beschlossen, die Ortsgruppen des Verbandes sofort aufzulösen und so alle jene aus dem Weg zu räumen, die es gewagt hatten, ihre Stimme gegen die Leitung zu erheben; es wurde ferner beschlossen, bei der Wahl der Gewerkschaftsleitung über eine Gesamtliste abzustimmen. Gewerkschaftskongresse nicht einmal jährlich, sondern nur noch einmal in zwanzig Monaten einzuberufen, sowie eine Geschäftsordnung einzuführen, die Vertretern der Opposition auf Kongressen höchstens drei Minuten Redezeit gewährt.

In der Hitze ihres Gefechts gegen die fortschrittlichen Kräfte vergaß die Kongreßmehrheit eigentlich die wesentlichsten Interessen der Arbeiter der Automobilindustrie. Unterdes lief am 15. Juli die Gültigkeitsdauer des mit der Fordgesellschaft abgeschlossenen Kollektivvertrages ab, und die Arbeiter stehen nun vor der Alternative, entweder in den Streik zu treten oder die von der Gesellschaft vorgeschriebenen Bedingungen anzunehmen. Nur der 100 Mitglieder zählende linke Flügel des Kongresses sprach sich in einer Erklärung rückhaltlos für die Unterstützung der von den Arbeitern erhobenen Forderungen aus. Dieser Appell fand jedoch taube Ohren.

Reuther und seinem Klüngel, die sich der vollen Kontrolle über die Verbandsangelegenheiten bemächtigt haben, gelingt es vorläufig noch, die linke Opposition zu unterdrücken. Jetzt spendet ihm die Presse der Großkapitalisten in diesem Zusammenhang maßloses Lob. In Berücksichtigung der Verdienste, die sich Reuthers Burschen um die Monopole erworben haben, sind die Zeitungen bereit, ihnen so unschuldige Streiche zu verzeihen wie die Verfolgung der Kritik, wie die Skandale, die sie in der Trunkenheit anstellten, und das Rowdytum im Hotel. Dagegen werden die amerikanischen Arbeiter die reaktionären Taten der Delegierten des Gewerkschaftskongresses kaum so wohlwollend aufnehmen.

GLÄNZENDE ERGEBNISSE

Die Länder der Volksdemokratie ziehen das Fazit der Ausführung ihrer Wirtschaftspläne im ersten Halbjahr 1949. Pressemeldungen zeugen



Die „Gewerkschaftsaktivisten“ Mister Reuthers

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

von neuen großen Erfolgen auf dem Gebiet der volkswirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder.

Die Werktätigen der Polnischen Republik haben den Volkswirtschaftsplan der ersten sechs Monate 1949 in bezug auf alle Hauptaufgaben überboten. Die staatliche Industrie hat den Plan des ersten Halbjahrs hinsichtlich des Bruttowerts der Produktion zu 109 Prozent erfüllt und so den Produktionsstand der entsprechenden Periode des Vorjahrs um 24 Prozent überboten. Die Werktätigen Warschaws haben den Bau der Großverkehrsstraße Ost—West abgeschlossen.

Der vom Plan für das erste Halbjahr 1949 vorgesehene Stand der Industrieproduktion ist in der Tschechoslowakei bedeutend

übertraffen worden. Landwirtschaftsminister Julius Duriš erklärte am 13. Juli, im ersten Halbjahr sei auch der Anbauplan erfüllt worden, ebenso seien die Pläne der Disposition über landwirtschaftliche Erzeugnisse und der Fleischproduktion vollständig verwirklicht worden.

Die Tschechoslowakische Republik erweitert ständig ihren Außenhandel. In den ersten sechs Monaten von 1949 erreichte der tschechoslowakische Export 20 058 Millionen Kronen gegen 17 229 Millionen Kronen in der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs. Die Tschechoslowakei hat ebenso wie die anderen Länder der Volksdemokratie den Handel mit der Sowjetunion bedeutend erweitert.

Die Ergebnisse des ersten Halbjahrs zeigen, in welch raschem Tempo sich die wirtschaftliche Entwicklung der volksdemokratischen Länder vollzieht.

Angeichts der wachsenden Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt sowie der Wirtschaftsschwierigkeiten der marshallisierten Länder bekräftigen diese Ergebnisse anschaulich die Vorzüge des Weges, den sich die Völker Südost- und Mitteleuropas erwählten, als sie das Joch des Kapitalismus abschüttelten und die knechtende „Hilfe“ der USA-Monopole ablehnten.

DOLLARS FÜR FRANCO

Die amerikanische Zeitschrift „Reader's Digest“ verlangt eine „vernünftige Politik“ in bezug auf Francospanien, das sie als „Brückenkopf“ und „militärisch wertvolles Aktivum“ der Organisatoren des Nordatlantischen Vertrags empfiehlt.

In den Wandelgängen des USA-Kongresses entwickelt ein gewisser Charles Clark, Agent Francos zur Beeinflussung der Kongreßmitglieder, eine fieberhafte Tätigkeit. Nach einer Meldung der „New York Post“ war Clark seinerzeit Rechtsberater des Ausschusses zur Untersuchung der Rüstungsindustrie, an dessen Spitze damals Truman stand. Später schloß Clark einen Vertrag mit dem Caudillo ab, der ihm für seine Dienste 100 000 Dollar jährlich zahlt.

Die Monopole führen einen Pressefeldzug zugunsten Francos. Clark hat die bürokratische Kongreßmaschine gut geschmiert. Am 12. Juli faßte die Senatskommission für Zuwendungen den Beschluß, Franco aus den Marshallplanmitteln 50 Millionen Dollar zukommen zu lassen. So ist also Hitlers Erbfolger in Madrid, allerdings über die Hintertreppe, in diesen Plan einbezogen worden.

Nicht genug damit, beeilte sich Staatssekretär Acheson am 13. Juli in einer Pressekonferenz zu

erklären, es seien nicht nur „keinerlei politische Einwände dagegen zu erheben“, daß Francospanien Kredite gewährt werden, sondern der Marshallplan werde sich vor „Spanien aufturn, sobald die am Plan beteiligten Länder den Wunsch haben werden, Spanien heranzuziehen“. Man sieht also, daß bereits Vorbereitungen getroffen werden, um das Francoregime offiziell in den Schoß der marshallisierten Demokratie aufzunehmen.

Übrigens lassen die regierenden Kreise der westeuropäischen Staaten dem Caudillo auch ohnehin dann und wann etwas zukommen. So hat die Attlee-Bevin-Regierung kürzlich mit Franco einen Handelsvertrag über 320 Millionen Dollar abgeschlossen. Die französische Regierung hat ihm einen Kredit von 40 Millionen Dollar gewährt. Schweden, Holland, die Schweiz und einige andere marshallisierte Länder haben gleichfalls Handelsabkommen mit Franco geschlossen.

Französische Bankiers faßten kürzlich den Beschluß, dem Madrider Henker eiligst einen 15-Milliarden-Frank-Kredit zu gewähren. Diese Nachricht rief in der französischen demokratischen Öffentlichkeit Empörung hervor. Darauf kamen die Behörden mit einem verschwommenen Dementi. Aber dennoch bleibt eine Tatsache unbestreitbar: die Bankiers aus den USA, aus England und Frankreich spenden dem faschistischen Ungeheuer freigiebig Almosen, da sie auf seine Dienste rechnen.

ATHENER PARLAMENTARIER STELLEN SICH EIN ZEUGNIS AUS

Die am 11. Juli abgehaltene Sitzung des griechischen Parlaments unterschied sich äußerlich nicht im geringsten von den vorhergehenden Sitzungen. Die 354 Teilnehmer dieser zusammengewürfelten Gesellschaft widmeten sich dem üblichen Gezänk. Es wurde aber an diesem Tag über einen außergewöhnlichen, wahrlich einzigartigen Gesetzentwurf verhandelt. Die Geschichte dieses Entwurfs sieht folgendermaßen aus.

Als die monarchistischen Faschisten dank der Gnade der englisch-amerikanischen Interventen im März 1946 in den unumschränkten Besitz der Macht gekommen waren, regierten sie im Lande drauflos, ohne sich auch nur um ihr eigenes Parlament zu scheren. Die Regierungen, von denen Athen fast jede Saison eine neue hat, verfaßten reaktionäre Gesetze und setzten sie in Kraft, ohne sie zur Bestätigung im Parlament einzubringen. In etwas mehr als drei Jahren stieg die Zahl dieser ungesetzlichen Gesetze auf 286. Schließlich beschloß die Athener Regierung, dieser anomalen Lage mit einem Schlag ein Ende

zu machen; sie forderte also das Parlament auf, alle diese 286 Gesetze ohne Debatte in Bausch und Bogen zu bestätigen.

Selbst in der Athener Schmarotzerkammer — so bezeichnen die griechischen Zeitungen das Athener Parlament! — rief diese Forderung der monarchistisch-faschistischen Clique Verlegenheit und Verwirrung hervor. Der Abgeordnete Vamvezos, der in einer der vorhergehenden Sitzungen das Wort ergriffen hatte, forderte seine Kollegen auf, den Regierungsantrag abzulehnen, um ihre „Menschenwürde nicht herabzusetzen“. Ein anderer Abgeordneter, Calcanis, wandte sich mit noch energischeren Worten an seine Kollegen:

„Nur ein Vieh kann für den Gesetzentwurf der Regierung stimmen“, erklärte er und äußerte die Hoffnung, das Parlament werde „sich nicht als Hammelherde zeigen“ und das Gesetz nicht bestätigen.

In diesem Moment gab die amerikanische Obrigkeit jedoch zu verstehen, daß die Debatte eingestellt werden müsse. Ein gelinder Druck auf die Fraktionsführer der Parlamentsparteien, und der Gesetzentwurf über die Bestätigung von 286 Gesetzen in Bausch und Bogen kam zur Abstimmung.

Calcanis' Hoffnung wurde zunichte. Der Gesetzentwurf wurde mit Stimmenmehrheit gebilligt. Allerdings gab es verhältnismäßig viele, die es vorzogen, sich nicht öffentlich zum Vieh zu bekennen: 160 Abgeordnete stimmten weder dafür noch dagegen, und 99 kamen überhaupt nicht zur Sitzung. Sie zogen es vor, einfach Schmarotzer zu bleiben.

DIE WAAGE DER FINNISCHEN THEMIS

Bekanntlich muß Themis, die Göttin der Gerechtigkeit, fest verbundene Augen haben. Die finnische Themis betätigt sich jedoch ohne Augenbinde und scheut sich nicht im geringsten, ihre Zu- und Abneigungen zu äußern.

Hier einige Beispiele. Die finnischen Kriegsverbrecher Leutnant Reijonen und Unteroffizier Miittinen wurden 1945 vom Standgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, weil sie im Frühjahr 1942 in den Lagern Käkisalmi und Huuhmaki sowjetische Kriegsgefangene gefoltert und getötet hatten. Kürzlich setzte der Oberste Gerichtshof Finnlands ein neues Verfahren in dieser Angelegenheit an und entließ Miittinen aus der Haft. Reijonen aber war, wie sich herausstellte, überhaupt nicht in Haft gewesen, sondern hatte sich die ganze Zeit auf freiem Fuß befunden. Jetzt wurde in dieser Angelegenheit zum sech-

stenmal verhandelt. Trotz unwiderlegbarer Beweise für die Schuld der Angeklagten hielt es das Gericht für möglich, das Verfahren wieder zu vertagen und die Verbrecher auf freiem Fuß zu belassen.

Ein höchst skandalöser Prozeß fand vor einiger Zeit in Helsinki statt. Verhandelt wurde in Sachen des Generalmajors Karhu, der überführt war, mit Besitzern illegaler Waffenlager in Verbindung gestanden und andere Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Tatsachen drangen an die Öffentlichkeit, das Verbrechen wurde ruchbar. Und doch beschloß die höchste Kassationsinstanz im vorigen Jahre, Karhu auf freiem Fuß zu setzen. Damit gab Karhu sich aber nicht zufrieden. Er forderte vom Gericht für den „durch die unverdiente Strafe erlittenen Schaden“ Ersatz in Höhe von 800 000 Mark! Das finnische Gericht nahm die Klage dieses Frechlings entgegen und verhandelte noch einmal in dieser Angelegenheit.

Das gleiche Helsinkier Stadtgericht verurteilte Lepistö, den Hauptvertrauensmann der Arbeiter des Depots Pasila, sowie eine Gruppe von Arbeitern des gleichen Depots. Die Arbeiter waren angeklagt, eine Kundgebung gesprengt zu haben, die der Vorsitzende der „Radikalen Volkspartei“, Hentunen, am 7. März 1948 einberufen hatte, um gegen den Abschluß eines Vertrags über gegenseitige Freundschaft, Zusammenarbeit und Hilfe zwischen Finnland und der Sowjetunion Propaganda zu machen. Hentunens Rede auf dieser Kundgebung trug einen offensichtlich provokatorischen Charakter. Man hätte annehmen sollen, Hentunen werde wegen Wahlarbeit gegen Frieden und Sicherheit auf die Anklagebank kommen. Aber beim finnischen Gericht ist das anders. Hier tritt Hentunen als Kläger auf, die Arbeiter aber sind die Angeklagten. Und das Helsinkier Gericht verurteilt diese Arbeiter zu Gefängnisstrafen verschiedener Dauer.

So wirkt die finnische Themis: Arbeiter werden immer zu Strafen verurteilt, die schlimmsten Kriegsverbrecher und Feinde des Friedens aber fürsorglich in Schutz genommen.

MITTLERER OSTEN IM HERZEN EUROPAS

Die Zeitungen melden zu ein und derselben Zeit die Entdeckung neuer Erdölvorkommen in Deutschland, bei Hannover, und in Italien, in der Poniederung. In Deutschland wurden die Schürfarbeiten von Anfang an durch USA-Erdöltruste betrieben, die sich dort mit derselben Ungezwungenheit niederließen, wie sie es von Saudisch-Arabien her gewohnt sind. In Italien

gestaltete sich die Sache etwas komplizierter, da die Erdölvorkommen hier von einer Gesellschaft erschürft wurden, die Regierungseigentum ist. Aber dieser Umstand hat die Gier der Standard Oil und Anglo-Iranian Oil Co. nur noch mehr gereizt.

Der amerikanische Journalist Drew Pearson meldet unter Berufung auf römische diplomatische Kreise einige Details dieser Angelegenheit. Er weist darauf hin, daß die italienische Regierung nicht imstande sein werde, die Erdölvorkommen auszuwerten, wenn sie nicht die ent-

sprechende Ausrüstung aus den USA und England erhalten sollte, und fügt hinzu:

„Die amerikanisch-britischen Erdölinteressen waren aber schon hinter den Kulissen am Werk, um für den Fall, daß ihnen keine Zugeständnisse gemacht werden sollten, durchzusetzen, daß Italien keine Marshallplanhilfe erhalte, die für die Erdölproduktion ausgenutzt werden könnte.“

Die Methoden der Erdölkönige sind überall dieselben. Im Herzen Europas versuchen sie mit denselben Mitteln eine Konzession zu erhalten wie in Venezuela oder im Irak.

Im polnischen Dorf

(Notizen eines Korrespondenten)

W. JORDANSKI

WIR fahren nordwärts. Bei Warschau, auf trockenem Sandboden, ist der Roggen bereits reif, und die Ernte ist in vollem Gange, hier jedoch wogen im Winde noch die vollen, aber unreifen Ähren. Die Woiwodschaft Olsztyn ist ein Gebiet der Seen, Sümpfe und Wälder, sie ist aber auch eine Gegend fruchtbaren Bodens und reicher Ernten. Wir passieren Mława — die letzte Stadt vor der ehemaligen preußischen Grenze — und kommen in eine Welt kasernenmäßiger roter Backsteinbauten. Die eintönig mit ausgeblichenen Dachziegeln gedeckten Speicher, Ställe und Arbeiterbaracken ziehen sich wie nach der Schnur ausgerichtet auf den Gutshöfen hin. Sie gleiten seitlich der asphaltierten schmalen, gewundenen, dicht mit Bäumen eingesäumten Chaussee an uns vorüber.

In dem Kreisstädtchen Kętrzyn, schon weit hinter Olsztyn, steigt ein energischer, lebhafter Mann zu uns in den Wagen. In seinen Augen blitzt jugendliche Keckheit, obwohl er durch sein ganzes Benehmen und Gehaben bemüht ist, Gesetztheit und Solidität an den Tag zu legen...

„Edmund Osecki“, stellt er sich vor, „kürzlich noch Traktorist, jetzt Instrukteur des Kreiskomitees der Vereinigten Arbeiterpartei Polens. Meiner Obhut unterstehen sozusagen 87 staatliche Wirtschaften, drei bäuerliche Produktionsgenossenschaften und natürlich die Höfe der Einzelbauern. Ein Leben herrscht jetzt bei uns, wie es sich die alten Herren dieser Güter sicher nicht

haben träumen lassen“, er lachte und zeigte dabei seine festen weißen Zähne. „Sehen Sie doch selbst! Was brauche ich viel zu erzählen? Machen wir z. B. einen Abstecher nach Filipówka, dort beginnt eine Genossenschaft gerade, die Wirtschaft zu führen. Sie besteht aus ehemaligen Landarbeitern und landarmen Bauern, durchweg Umsiedlern aus den Zentralgebieten...“

Durch das dichte, graue Netz des Regens, das vom frühen Morgen in der Luft hängt, erkennen wir Weiden am Wegrand. Dahinter erstrecken sich Wiesen, die kahl sind, als hätte man sie abgerupft.

„Mit der Heumahd sind wir zur Zeit fertig geworden“, bemerkt mein Begleiter, der Agronom Janicki, „keine einzige Garbe ist mehr auf den Wiesen...“

Der Wagen hält vor dem ehemaligen Herrenhaus inmitten der Genossenschaftswirtschaft. Wir betreten die „Gute Stube“, die Rote Ecke, die vor kurzem in Filipówka eröffnet wurde. Sie ist noch ziemlich spärlich eingerichtet: ein einfacher glatter Tisch, vom Dorftischler zusammengezimmerte Bänke ... aber daran, wie sauber die Wände getüncht sind und der Fußboden geschauert ist, daran, mit wieviel Liebe die Decke mit roten, weißen und grünen Girlanden geschmückt ist, erkennt man das Bestreben der Bauern, ihre Erholungsecke auch in der ersten Zeit schon möglichst gemütlich einzurichten.

Zu dieser Tageszeit hat der Regen einige Genossenschaftsmitglieder hierhergeführt. Sie warten, bis der Vorsitzende Stanisław Skurka aus Kętrzyn zurückkommt, wohin er gefahren ist, um die zur Reparatur gegebene Mähmaschine abzuholen.

„Stanisław Fitz, Stanisław Walewski, Wincenty Artoń, Stanisław Łacek...“

Auch wir stellen uns vor und fragen unsere neuen Bekannten, wie sie früher lebten, wie die Genossenschaft zu arbeiten begonnen hat und welches ihre Zukunftspläne seien.

Stanisław Fitz hat sich sein ganzes bisheriges Leben bei Warschau auf fremdem Boden abgeplagt, den er beim Großbauern gepachtet hatte. Die Parzelle konnte die Familie nicht ernähren, die Pacht fraß fast die ganze Ernte auf. Fitz suchte einen Ausweg, quälte sich ab, griff zum Schmiedehandwerk und suchte außerhalb Arbeit... Als das Volk zur Macht gelangte und bekanntgegeben wurde, daß Landarbeitern und landarmen Bauern vom Staat in neuen Gebieten Bodenabschnitte aus ehemaligem Gutsbesitz angetragen wurden, packte er seine Habe zusammen und zog nach Norden.

Auch Stanisław Walewski wohnte früher bei Warschau. Im Winter suchte er sich gewöhnlich in der Stadt Gelegenheitsarbeit, im Sommer verdingte er sich als Landarbeiter auf Saisonarbeit beim Gutsbesitzer Łasocki. Stanisław Łacek rackerte sich auf elender Scholle in der Woiwodschaft Lublin ab.

Jede von den 12 Umsiedlerfamilien, Mitgliedern der jungen Produktionsgenossenschaft, stand früher mit Hunger und Elend auf du und du. Auch hier, auf dem neuen Boden, schlug das Leben nicht sogleich neue Bahnen ein. Das Herzstück des Gutes, das Herrenhaus mit den Dienstbauten und den anliegenden Feldern — insgesamt 79 Hektar — vermochte der Großbauer Plantowski, der mit seinen Pferden, Kühen und sonstigem Vieh eiligst vom Bug hierhergekommen war, mit allen möglichen Kniffen an sich zu bringen. Offensichtlich wollte er sich vor der Bodenreform in Sicherheit bringen.

Plantowski erklärte sich bereit, in der ersten Zeit manchen von den armen Umsiedlern zu „helfen“.

„Du und deine Familie, ihr werdet mir die Schuld später abarbeiten“, sagte er zu Stanisław Fitz.

„Also auch auf dem neuen Boden wiederholen sich die alten Zustände?“ dachte Fitz. „Das kann doch gar nicht stimmen! Ich muß einmal in die Stadt gehen.“

Eine Gruppe von Bauern aus Filipówka erschien in Kętrzyn, im Kreiskomitee der Vereinigten Arbeiterpartei Polens.

„Na, und wir haben uns mit Plantowski ausgesprochen“, erzählt Edmund Osecki. „Der Herr Großbauer siedelte zu irgendeinem Verwandten über, möglichst weit fort, und den Boden, den er an sich gerissen hatte, übergaben wir den Arm-bauern und Landarbeitern.“

Der Staat half mit Krediten und gab ihnen die Möglichkeit, Pferde und einige Geräte anzuschaffen. Aber kann denn einer so viel schaffen, wie man als Genossenschaft leisten könnte?

„Die Geräte der Bauern sind Pflug, Sichel und Dreschflügel. Da drüben aber steht das, was unsere genossenschaftliche Kraft ausmacht“, sagte Stanisław Fitz und zeigte zu dem Schuppen hinüber, wo zwei Traktoren vor dem Regen untergestellt waren.

Der jungen Genossenschaft kamen Arbeiter aus der Stadt sowie Arbeitskräfte aus den benachbarten Staatswirtschaften zu Hilfe. Sie unterstützten sie beim Pflügen; später, als Unkraut die aufgegangene Zuckerrübensaat zu ersticken drohte, in der Genossenschaft aber Arbeits-hände fehlten, halfen sie ihnen, die Felder zu jäten.

Ganz zu Anfang des Sommers brach über den Kreis Kętrzyn eine Katastrophe herein — es hagelte. Ein Teil der Saaten wurde vernichtet. Der Hagel aber hatte nur Felder von Einzelbauern getroffen. Manch einer hätte gedacht, was das denn die Genossenschaft angehe. Nicht so die Genossenschaft. Wie die Arbeiter der Genossenschaft geholfen hatten, so kam die Genossenschaft ihren Nachbarn zu Hilfe. Sie entsandte ihre beiden Traktoren auf deren Felder, half den Boden neu pflügen und Kartoffeln stecken. Auch diese Felder sollen Ernte tragen!

Es mag mit diesem Vorfall zusammenhängen, daß in der bäuerlichen Produktionsgenossenschaft von Filipówka drei neue Aufnahmeanträge gestellt wurden. Drei Landwirte aus dem Nachbardorf Jezowo erklärten, sie würden der Genossenschaft beitreten, sobald sie die Ernte eingebracht hätten.

Es fehlt der Genossenschaft an Arbeitshänden. Sie hat viel Land, aber noch wenig Maschinen. Unsere Gastgeber sitzen in der „Guten Stube“ mit uns am Tisch und rechnen: die Genossenschaft hat mehr als 200 Hektar Land, ihre 12 Höfe haben an die 60 Esser, aber nicht einmal 20 Arbeitsfähige. Das ist zu wenig! Man braucht Leute, oh, wie dringend man sie braucht!...

„Dabei sind Leute da!“ sagt Osecki plötzlich und lächelt wieder. „Leute sind da, sie sind hier, da sitzen sie und dort“, und er nickt zu den Frauen hinüber, die mit Kindern auf den Armen in die „Gute Stube“ gekommen sind, um der allgemeinen Unterhaltung zuzuhören.

„Und wo soll ich mit dem Kleinen hin?“ fragt eine ältere Frau mit dunklem, bis an die Augenbrauen hinabreichendem Kopftuch Osecki. „Soll ich ihn allein zu Haus lassen?“

„Warum zu Haus?“ wendet dieser ein. „Ist Helena Fitz hier? Helena, erzähl einmal, was du in der Ukraine gesehen hast. Du bist doch erst vor drei Tagen zurückgekommen.“

Die junge Frau trat aus der Gruppe hervor und begann zu erzählen, daß sie in jeder Kollektivwirtschaft Kinderkrippen und Kindergärten gesehen habe, daß die Mütter ihre Kinder dort ließen und zur Arbeit gingen und daß dort Erzieherinnen in weißen Kitteln die Kleinen beaufsichtigten und ihnen vier Mahlzeiten täglich vorsetzten... Man konnte sehen, daß sie nicht zum erstenmal hiervon erzählte, und daß die Bäuerinnen ihr nicht zum erstenmal zuhörten und sich hierüber Gedanken machten.

Der Agronom Janicki kritzelte schnell ein paar Ziffern auf den Deckel seiner Zigarettenschachtel. Nachdem Helena Fitz zu Ende gesprochen hatte, sagte er:

„Zwölf Kinder, die in die Krippe oder in den Kindergarten gebracht werden, stellen, sagen wir, 6 Mütter frei. Wenn diese nicht einmal jeden Tag im Feld arbeiten, kann jede von ihnen pro Saison 60—80 Arbeitseinheiten leisten. Multiplizieren wir 80 mit 6, so erhalten wir 480 Arbeitseinheiten. Das sind gerade so viel, wie wir brauchen, um weitere vier Hektar Zuckerrüben anzubauen. Die Ernte von vier Hektar ergibt aber mehr als 150 000 Zloty. Also kann die Genossenschaft für den Winter noch zwei erstklassige Milchkühe kaufen... So, das bringen euch der Kindergarten und die Kinderkrippe.“

„Das ist kollektivwirtschaftliche Rechnungsart“, sagt Osecki lächelnd. „In der Ukraine rechnet man auch so...“

Dann fügt er erläuternd hinzu:

„Mit der zweiten polnischen Bauerndelegation hatte auch ich Gelegenheit, in der Sowjetunion zu weilen.“

* * *

In die Felder der Genossenschaft von Filipówka schneidet als schmaler Keil ein Streifen Land des Einzelbauern Szerszeń ein. Die Felder werden durch einen Feldweg geteilt. Links wächst schütterer, kümmerlicher Roggen — das ist das Feld Szerszeńs, rechts steht dicht wie eine Wand Getreide — das ist das Feld der Genossenschaft. Der Boden ist hier nicht sehr gut, der Genossenschaft aber hat rechtzeitig angewandter Kunstdünger geholfen.

In diesem Herbst wird die Genossenschaft von Filipówka ihre erste kollektivwirtschaftliche

Ernte einbringen. Wie soll man sie teilen? Nach Essern, nach Familien, nach Genossenschaftsmitgliedern, nach erarbeiteten Tagen? Das ist für den polnischen Bauern, der den Weg der kollektiven Arbeit betritt, keine leichte Frage. Besonders wenn man in Betracht zieht, daß nicht wenig Aufklärungs- und Organisationsarbeit nötig sein wird, damit der polnische Bauer sich von den altgewurzelten Anschauungen des Kleineigentümers frei macht.

Ebenfalls im Kreise Kętrzyn gibt es eine Produktionsgenossenschaft namens „Jaglak“. Sie besteht seit fast zwei Jahren und ist berühmt als stabile Wirtschaft, die auf dem neuen Boden tiefe Wurzeln geschlagen hat. Sie hat Schweine, Kühe sowie eine genügende Anzahl von Pferden angeschafft.

Als im vorigen Jahr die Ernte eingebracht wurde — sie war nicht gering —, beschloß man, jeder der Genossenschaft angehörenden Familie 25 Doppelzentner Roggen auszufolgen. Außerdem wurde für die Tage, die die Familienmitglieder auf den Gemeinschaftsfeldern gearbeitet hatten, jedem eine bestimmte Barentschädigung aus der Summe ausgezahlt, die aus dem Getreideverkauf der Genossenschaft einkommen war. Aus diesen Gemeinschaftsmitteln wurden auch die verhältnismäßig geringen Steuern beglichen, es wurden Summen für Maschinen und Brennstoff, für den Ankauf von Vieh, für das Gehalt des Rechnungsführers, der Schweinezüchterin und des Hirten und schließlich für die Instandsetzung der Gebäude und für Neubauten bereitgestellt.

Unweit des Städtchens Ostróda, ebenfalls in der Woiwodschaft Olsztyn, fragten wir in der Leitung der Produktionsgenossenschaft „Platyny“:

„Wie kann die Ernte möglichst gerecht verteilt werden? Was soll man der Verteilung zugrunde legen?“

„Die persönliche Arbeit!“ antworteten uns, ohne einen Augenblick zu überlegen, mehrere zugleich. „Der Boden tut hier nichts zur Sache, er gehört der Gemeinschaft, der Genossenschaft. Ich gebe ihn der Genossenschaft nicht in Pacht, sondern steure ihn zur allgemeinen Benutzung bei. Düngemittel und Maschinen stellt mir der Staat ja zu Vorzugspreisen zur Verfügung...“

„Ja, aber vielleicht sollte man die Zahl der Esser in der Familie...“

„Nein“, unterbrach man uns. „Wir können nicht jeden so versorgen, wie er es gerne möchte, sondern so, wie er es verdient hat; auf nicht mehr aber auch nicht weniger hat er Anspruch.“

Man konnte sehen, daß die von uns angeschnittene Frage den Anwesenden sehr naheging. Von allen Seiten ertönten Stimmen, wurden verschiedene Meinungen laut.

„Wie sind bei uns bis jetzt die ‚dniówki‘, die Arbeitstage, notiert worden? Jeder, der zur Arbeit kam, der wurde vermerkt, d. h. ihm wurde ein Arbeitstag angerechnet. Das hat sich nicht bewährt. Da ist z. B. Wieczorek: um 8 Uhr kommt er zur Arbeit, aber um 4 rennt er schon nach Haus... Soll man ihm etwa ebensoviel geben wie Koniacki, der von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang auf dem Feld ist? Jeder soll nach Arbeitseinheiten erhalten, die Arbeitseinheit aber soll nicht nach der Zeit, sondern nach dem Arbeitsvollstand berechnet werden. So macht man es auch in der Sowjetukraine...“

„Platyny“ ist ebenfalls keine junge Genossenschaft mehr; 600 Hektar Land, ein gehöriger Maschinenbestand — Traktoren, Dreschmaschinen, Sämaschinen, Kultivatoren und Kartoffelschleudern. Die Bauerngemeinschaft besitzt auch eine kleine Spiritusfabrik, in den Ställen stehen der Gemeinschaft und den einzelnen gehörende Milchkühe, in den Pferdeställen die ersten Halbblüter.

Das leidenschaftliche Gespräch über das Arbeitsvollstand und über die richtige Bezahlung erklärt sich keineswegs aus der Armut der Gemeinschaftswirtschaft oder aus dem geringen Gewicht der bisher hier üblich gewesenen „dniówka“. Die Triebfeder war die Hausherrnsorge für die Vergrößerung des Wohlstands der Genossenschaft, der Wunsch, den Bummlern, Faulenzern und schlechten Arbeitern, die sich hinter der gleichen, entpersönlichten „dniówka“ zu verschanzen suchen und die Verteilung der Ernte nach Familien oder Essern vorziehen, eine Abfuhr zu erteilen.

In diesem Frühjahr wurden in Polen drei verschiedene Statuten für drei Typen der landwirtschaftlichen Genossenschaft ausgearbeitet und ins Dorf geschickt. Nicht alle Genossenschaften sind schon so weit herangereift, daß sie sogleich das Statut des höchsten, dritten Typs annehmen können, dessen leidenschaftliche Anhänger wir in der Genossenschaft „Platyny“ kennenlernten. Für eine solche Genossenschaft bedarf es übrigens auch besser ausgebildeter Arbeitskräfte. Manchen wird in der ersten Zeit der zweite Typ des Statuts mehr zusagen, und manche werden sich auch für den ersten entscheiden, der nur gemeinsame Bodenbearbeitung vorsieht.

Die Statuten der Genossenschaften und besonders die Musternormen zur Bestimmung des Ausmaßes einer Arbeitseinheit für verschiedene Arbeitsarten werden in den Dorfversammlungen erörtert.

Nicht überall ging alles sofort glatt ab. Den Bauern, ja sogar den ehemaligen Landarbeitern fiel es nicht leicht, sich gleich an den Gedanken der Vergesellschaftung des Bodens, an den Gedanken

gemeinsamer Arbeit zu gewöhnen... Dies suchen die Großbauern, die in der Illegalität untergekommenen Reaktionäre sowie ein Teil der katholischen Geistlichkeit auszuschlachten.

In dem Dorfe Stara Wieś, Kreis Mińsk-Mazowieck, unweit von Warschau, beobachteten wir folgendes. Ehemalige Landarbeiter, die nach der Bodenreform Land des Gutsbesitzers Czernocki erhalten hatten, beschlossen zu Beginn des Frühjahrs, sich im Herbst zu einer Produktionsgenossenschaft zusammenzuschließen. Jetzt, mitten im Sommer, begannen sie auf einmal zu schwanken, und ein Teil von ihnen erklärte, sie wollten bis zum nächsten Jahr warten.

Was ist der Grund ihrer Zweifel? Die Großbauern der Umgegend begannen den Landarbeitern von gestern Ratschläge einzuflüstern, sie sollten mit dem Eintritt in die Genossenschaft noch warten. Der Stein des Anstoßes war das Arbeitsvollstand — dasselbe Soll, das dem Leben in der Genossenschaft eine bestimmte Ordnung gibt und für das sich die Bauern der Genossenschaft „Platyny“ so leidenschaftlich eingesetzt hatten. In Stara Wieś erschien dieses Soll zu groß. Man erläuterte den Bauern nicht rechtzeitig, daß die Vollversammlung der Produktionsgenossenschaft je nach den Ortsverhältnissen dieses Mustersoll abändern, erhöhen oder herabsetzen kann.

Im polnischen Dorf findet ein scharfer Klassenkampf statt. Die Formen dieses Kampfes und seine Erscheinungen sind vielgestaltig. Er zeigt sich in dem Bestreben der Großbauern, die Kommandostellungen in den Körperschaften der landwirtschaftlichen Genossenschaft sowie im Bauernverband für gegenseitige Hilfe zu besetzen, in den Versuchen, in die ersten Genossenschaften einzudringen, und in der Propaganda, die die Feinde des volksdemokratischen Polens gegen die neuen Verhältnisse führen.

Im Verlauf des Klassenkampfes wächst die politische Aktivität der ärmsten und mittleren Bauernschaft.

Die Vereinigte Arbeiterpartei hat entschieden Kurs auf die politische und gesellschaftliche Isolierung der Großbauern genommen und wurde von der schaffenden Bauernschaft aktiv dabei unterstützt. Im Verlauf des Klassenkampfes spielen die sozialistischen Elemente in der Landwirtschaft eine immer größere Rolle.

* * *

So sieht es heute im polnischen Dorf aus, das der auf 6 Jahre berechnete Volkswirtschaftsplan vor eine ernste und sehr wichtige Aufgabe stellt: den Stand der landwirtschaftlichen Produktion im Lande um 45 Prozent zu erhöhen.

Ich möchte zwei Einzelheiten anführen, die möglicherweise das Gestern und das Morgen des polnischen Bauern kennzeichnen.

In der Genossenschaft „Platyny“, die auf ehemaligem Gutsbesitzerland entstanden ist, machten wir mit dem Bauern Józef Niewczas, der gerade von einer Reise in die Ukraine zurückgekehrt war, einen Rundgang durch die Farmen der Genossenschaft. Es war eine heiße Mittagsstunde. In den reinlichen, ordentlich aufgeräumten Ställen kauten die Kühe schläfrig wieder und verjagten lässig die Fliegen. Plötzlich wurde unsere Aufmerksamkeit von einem halbzerstörten Gebäude in einer Ecke des großen Hofes angezogen. Eins war daran bemerkenswert: vor den heil gebliebenen Fenstern waren starke Eisengitter angebracht.

„Was ist das? Ist das für Raubtiere?“ erkundigte sich mein Begleiter scherzend.

Józef Niewczas blickte uns mit erstaunten Augen an.

„Früher lebten hier Menschen“, antwortete er, „Landarbeiter, richtige Sklaven.“

Und die zweite Einzelheit. Im Komitee der Vereinigten Arbeiterpartei Polens der Woiwodschaft Olsztyn hängt an der Wand eine Karte der Woiwodschaft. Sie ist dicht besät mit weißen, rosa und roten großen und kleinen Pünktchen.

„Staatliche Maschinen- und Traktorenstationen, Reparaturstationen, genossenschaftliche Leihstellen, Genossenschaftswirtschaften, Staatswirtschaften“, sagte uns Stanisław Lange, der Sekretär des Woiwodschaftskomitees, zur Erläuterung der Karte. „Hier ist nur das eingezeichnet, was wir schon haben. Unser Plan aber...“

... Wie dieser Plan aussehen soll, wie nicht das Gestern, sondern das Morgen des Volkspolens aussehen wird, erzählen und erzählen auch weiterhin in vielen Dörfern Hunderte polnischer Bauern, die in der Sowjetunion, auf deren kollektivwirtschaftlichen Feldern gewesen waren. Es ist der Sozialismus!

Olsztyn—Warschau,
im Juli 1949.

Auf der Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Hütten- und Metallarbeiter

Unterredung mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees des Gewerkschaftsverbands der Hüttenarbeiter der Sowjetunion

P. D. JEFANOW

Vom 21. bis 24. Juni tagte in Turin (Italien) die Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Werktätigen der Hüttenindustrie und des Maschinenbaus (Industrieabteilung der Weltföderation der Gewerkschaften). An der Arbeit der Konferenz nahm eine Delegation der Sowjetgewerkschaften teil. Wir bringen hier eine Unterredung mit einem Mitglied der Sowjetdelegation, P. D. Jefanow, über die Arbeit der Konferenz und über seine Reiseindrücke aus Italien.

DIE Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Werktätigen der Hüttenindustrie und des Maschinenbaus wurde am 21. Juni in Turin, einem großen Zentrum der italienischen Metallbearbeitungsindustrie, eröffnet. Die Delegation der Sowjetgewerkschaften traf erst am Morgen des 22. Juni in Turin ein

und wohnte der ersten Sitzung nicht bei. Wir kamen zu spät, da uns die Einreisevisen mit Verspätung ausgefolgt worden waren.

An der Arbeit der Konferenz beteiligten sich Delegationen von 17 Ländern. Sie vertraten mehr als 7,5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Hüttenarbeiter und Maschinenbauer. Die

Delegationen einer Reihe von Ländern konnten nicht nach Turin kommen. So versagte die italienische Regierung den Delegierten Chinas sowie Nord- und Südkoreas die Einreisevisa; die amerikanischen Besatzungsbehörden gaben der japanischen Delegation keine Ausreiseerlaubnis usw.

Insgesamt äußerten Gewerkschaften mit rund zehn Millionen Mitgliedern den Wunsch, sich der Internationalen Vereinigung anzuschließen. Die größten auf der Konferenz vertreten gewesenen Gewerkschaftsorganisationen waren die Gewerkschaften der Hüttenarbeiter und Maschinenbauer der Sowjetunion (3 623 000 Mitglieder), Frankreichs und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (je 750 000 Mitglieder), Italiens (705 000), der Tschechoslowakei (540 000), Polens (378 000), Ungarns und Australiens (je 200 000).

Eine derart große internationale Organisation haben die Hütten- und Metallarbeiter noch nie besessen. Das reformistische Internationale Industriesekretariat der Hüttenarbeiter und Maschinenbauer faßt selbst wenn man den übertriebenen Angaben seiner Leitung glauben will, in seinen Mitgliedsverbänden insgesamt 1 700 000 Mitglieder zusammen. Ihm sind Gewerkschaften von insgesamt 10 Ländern Westeuropas und Nordamerikas angeschlossen. Die Gewerkschaften Asiens, Australiens, Afrikas und Lateinamerikas gehörten und gehören dem Sekretariat nicht an. Übrigens liegt seine Ohnmacht und Wertlosigkeit nicht nur und nicht so sehr in seiner relativen zahlenmäßigen Schwäche und geographischen Beschränkung, wie vielmehr in der Dürftigkeit seiner Tätigkeit. Nach dem Willen seiner opportunistischen Obermacher (Conrad Ilg, Irving Brown u. a.) wurde dieses Sekretariat zu einem Büro für die Sammlung von Informationen über Arbeitsfragen gemacht. Das Sekretariat führt keinerlei Kampf, um die Lage der Metallarbeiter zu verbessern und ihre Rechte zu schützen. Es ist eine von den Arbeitermassen losgerissene bürokratische, tote Organisation.

Den Teilnehmern der Turiner Konferenz stand eine große und verantwortliche Arbeit bevor. Die Lage sowie die lebenswichtigen Forderungen und Interessen der Hüttenarbeiter und Maschinenbauer der verschiedenen Länder waren zu prüfen, und auf Grund dieser Prüfung waren allgemeine Prinzipien über Ziele, Formen und Methoden der Arbeit der Internationalen Vereinigung auszuarbeiten, ihr wirtschaftliches und soziales Programm zu bestimmen und festzulegen und die leitenden Körperschaften zu wählen.

Die Konferenz ist den Aufgaben, vor die sie sich gestellt sah, mit Erfolg gerecht geworden. Daß die Arbeit so fruchtbringend geleistet wurde,

erklärt sich damit, daß sie unter gegenseitigem Verständnis, herzlicher Freundschaft und engem Zusammenwirken der Delegierten verlief, die bestrebt waren, die Aufträge der Gewerkschaftsorganisationen, von denen sie entsandt worden waren, möglichst genau und vollständig auszuführen.

Aufmerksam lauschten die Delegierten den Referaten über die Lage in der Hütten- und Maschinenbauindustrie der verschiedenen Länder und über die Tätigkeit der entsprechenden Gewerkschaften. Welch krasser Kontrast besteht zwischen der Lage in den marshallisierten Ländern einerseits und in den freien Ländern — in der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie — andererseits! Dort im Westen: Krise, Elend, Arbeitslosigkeit und Gewaltherrschaft der USA-Imperialisten, hier im Osten: Aufschwung, Hebung des Lebensniveaus, Vollbeschäftigung, freie, schöpferische Arbeit.

„Vor den Werktätigen der ganzen Welt steht eine gewaltige Aufgabe“, so erklärte Ambroise Croizat, der Generalsekretär der Metallarbeiterföderation Frankreichs, in seiner Rede. „Sie müssen die Erfahrungen der Werktätigen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder aufmerksam verfolgen; dort ist die Ausbeutung der Werktätigen zunichte gemacht, neben wachsender Produktion und Heranziehung einer immer größeren Anzahl von Arbeitern nimmt die Kaufkraft der Werktätigen zu, und die Arbeitsbedingungen sowie die Schutzvorrichtungen werden verbessert.“

Die Konferenz wies darauf hin, daß in den kapitalistischen Ländern — in den Metropolen, den Kolonien und abhängigen Ländern — die großen Finanzleute ihre Kräfte in internationalen Eisenhüttenkartellen, in Weltkartellen der metallarbeitenden Industrie sowie des Maschinenbaus konzentrieren. Der Staatsapparat wird in diesen Ländern von den Kapitalisten zu verstärkter Ausbeutung der Arbeiter, zur Gewährleistung des Lohnstopps, zur Beschränkung der Kaufkraft, zu Repressalien gegen die Werktätigen und zur Vernichtung ihrer gewerkschaftlichen Rechte ausgenutzt. Die Monopolherren stehen an der Spitze aller reaktionären Kräfte; sie stiften einen Krieg gegen die Völker an, die ihre Unabhängigkeit verteidigen; sie bereiten einen Krieg gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie vor.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, setzte die Konferenz auch die Ziele der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Werktätigen der Hüttenindustrie und des Maschinenbaus fest. Hier die wichtigsten von ihnen:

Zusammenfassung der Gewerkschaftsorganisationen der Werktätigen der Hüttenindustrie und des Maschinenbaus in der ganzen Welt, ohne Unterschied der Nationalität, Rasse, Hautfarbe, der politischen und religiösen Anschauungen, zum Schutz ihrer Lebensinteressen;

Sicherstellung einer ständigen brüderlichen Zusammenarbeit, einer internationalen gegenseitigen Hilfe und Klassensolidarität zwischen den Werktätigen;

Fortentwicklung und Schutz der gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten der Werktätigen sowie Kampf für einen dauerhaften Frieden;

Verkürzung der Arbeitszeit;

Erhöhung des Reallohns für die Arbeiter und Garantie seiner Kaufkraft;

Schutz der Arbeiter und ihrer Familien vor den verderblichen Folgen der Arbeitslosigkeit;

Gewährung eines alljährlichen bezahlten Urlaubs, Sicherstellung der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes im Einklang mit einem vollständigen Sozialversicherungsplan;

Durchführung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ im Hinblick auf werktätige Frauen und Jugendliche;

Hilfe beim Ausbau der Betriebsschulung und Berufsausbildung der Arbeiter.

Diese Ziele sind nicht fromme Wünsche, die auf dem Papier bleiben werden. Die Werktätigen der Hüttenindustrie und des Maschinenbaus derjenigen Länder werden sie zu ihren Hauptforderungen machen, wo sie noch nicht erzielt bzw. noch nicht vollständig erzielt worden sind. Sie werden auf den Kampfplakaten der Arbeiterklasse zu lesen sein. Jedem beliebigen Trupp der Arbeiterklasse, jeder beliebigen Gewerkschaft, die einen aktiven Kampf zur Erreichung dieser Ziele führt, werden die Internationale Vereinigung sowie die Weltföderation als Ganzes wirksame Hilfe leisten, indem sie alle Kräfte der proletarischen Solidarität aufbieten.

Die Gründungskonferenz wählte die führenden Körperschaften der Internationalen Vereinigung. Zum Vorsitzenden wurde der Führer der italienischen Metallarbeiter, Giovanni Roveda, gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden W. I. Beresin (Sowjetunion) und E. Thornton (Australien), zum Sekretär Jourdain (Frankreich). Dem Verwaltungskomitee der Vereinigung gehören auch Vertreter der Metallarbeitergewerkschaften der Tschechoslowakei, Rumäniens, Hollands, Ostdeutschlands, Triests, Chinas und Lateinamerikas an. Das Administrationskomitee ist dem obersten leitenden Organ unterstellt, der Internationalen Industriekonferenz der Hüttenarbeiter und

Maschinenbauer, die einmal in zwei Jahren zusammentreten wird. Die Vereinigung wird ihren Sitz in Paris haben.

Gegenwärtig sind bereits 6 Internationale Vereinigungen geschaffen und haben ihre Tätigkeit aufgenommen, und zwar die der Hüttenarbeiter und Maschinenbauer; der Textil- und Konfektionsarbeiter; der Leder- und Schuharbeiter; der Seeleute und Hafenarbeiter; der Angestellten des Volksbildungswesens; der Bauarbeiter, Holzarbeiter, Möbeltischler und Arbeiter der Baumaterialindustrie. In diesem Jahr sollen noch 6 Vereinigungen gegründet werden.

* * *

Die Konferenztage waren aufs äußerste ausgefüllt, und in diesen Tagen bekamen wir von Turin außer dem Sitzungssaal fast nichts zu sehen. Wir hatten nur den herzlichen, freundlichen Empfang in Erinnerung, den der Bürgermeister von Turin, der Kommunist Cozzola, für uns Konferenzdelegierte veranstaltet hatte. Nach Abschluß der Sitzungen aber blieben uns einige freie Tage bis zur Eröffnung des zweiten Weltgewerkschaftskongresses, und wir besichtigten mehrere große Industriebetriebe Turins und Mailands.

Vor allem sei aber die Massenkundgebung der Werktätigen der Turiner Betriebe erwähnt, die am 24. Juni anläßlich des Abschlusses unserer Konferenz und der Schaffung der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Hütten- und Metallarbeiter stattfand. Auf dem Hauptplatz der Stadt hatten sich Zehntausende von Menschen eingefunden. Die Losungen auf den Plakaten, die auch von den Kundgebungsteilnehmern in Sprechchören gerufen wurden, ihre muntere, überzeugte Stimmung waren ein anschaulicher Beweis dafür, welch starker, geeinter und aktiver Trupp der Arbeiterklasse Italiens das schaffende Volk Turins ist.

Auf der Kundgebung sprachen der Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, Louis Saillant, und Delegierte der Konferenz. Das Erscheinen der Sowjetdelegation auf der Tribüne löste unter den Kundgebungsteilnehmern Begeisterung aus. Ein Beifallssturm setzte ein, und es wurde gerufen: „Es lebe Genosse Stalin!“, „Für italienisch-sowjetische Freundschaft!“, „Nieder mit dem Nordatlantikkpakt der Aggressoren!“ Lange brauste dieser Beifallssturm über den Platz hinweg.

Die Kundgebungsteilnehmer billigten einmütig die Schaffung der Internationalen Vereinigung der Hütten- und Metallarbeiter und versicherten die Konferenzdelegierten ihrer Ergebenheit für die Sache der Weltföderation der Gewerkschaften.

Am 25. Juni besuchten wir die bekannten Fiat-Werke, zuerst das Autowerk und dann das Hüttenwerk. In den Turiner Betrieben der Firma Fiat sind etwa 60 000 Metallarbeiter beschäftigt. Als wir in das Autowerk kamen, ließ man uns aus dem Autobus nicht aussteigen und fuhr uns durch die Werkhallen. Wir wunderten uns über eine derartige „Führung“.

„Sie haben wenig Zeit“, rechtfertigte sich der Direktor, der uns begleitete. „Es wird Sie müde machen, und überhaupt sollte man den Produktionsprozeß nicht stören.“

Es war klar, daß die Direktion uns nicht die Möglichkeit geben wollte, uns an die Arbeiter zu wenden. Aber dieses Manöver führte zu nichts. Als unser Autobus in die größte Werkabteilung einfuhr, versperrten die Arbeiter ihm den Weg und halfen uns aus dieser eigenartigen Gefangenschaft heraus. Mit offensichtlichem Mißvergnügen und, wie mir schien, sogar mit Erschrecken öffnete der Direktor die Tür des Autobusses. Stürmisch und leidenschaftlich begrüßten uns die Arbeiter. Man hörte Bitten, eine Kundgebung zu veranstalten. Die unverkennbare Opposition des Direktors verhinderte eine Ausführung dieses Vorschlags. Nachdem wir die Arbeiter begrüßt hatten, setzten wir unseren Weg, von einmütigem Beifall begleitet, fort.

Als wir das Fließband besichtigten, von dem ein frisch lackierter Kraftwagen nach dem andern rollte, erkundigten wir uns, was der billigste Kleinwagen koste.

„700 000—800 000 Lire“, antwortete uns ein Ingenieur, der daneben stand. „Den Zweijahreslohn des qualifiziertesten Arbeiters...“

Im Hüttenwerk der Firma Fiat bemerkten wir, daß die Arbeiter an den Martinöfen und Walzstraßen ohne Berufskleidung arbeiten. Ihre Körper sind ungeschützt. Dabei werden das Walzen und die anderen Produktionsprozesse ohne Maschinen, im Handbetrieb erledigt. Die Hallen sind sehr schlecht gelüftet, deshalb ist es unerträglich heiß und schwül.

„Die Arbeiter sind daran gewöhnt“, erklärte ein Vertreter der Direktion auf unsere diesbezügliche Bemerkung. Er selbst aber beeilte sich, möglichst rasch aus dieser Glut herauszukommen.

Am 26. Juni machten wir unsere erste Reise nach Mailand, um die einmal in zwei Jahren stattfindende ordentliche Konferenz der Mailänder Metallarbeiter zu begrüßen. Wie groß aber war unsere Verblüffung, als unser Kraftwagen gleich außerhalb Turins angehalten wurde.

„Bitte zahlen Sie das Weggeld“, erklärte uns ein Kontrolleur am Schlagbaum. „Die Landstraße gehört einer Privatgesellschaft.“

„Gibt es denn keine andere?“ erkundigten wir uns.

„Es gibt auch eine Straße, die der Stadtgemeinde gehört“, antwortete der Kontrolleur zuvorkommend. „Aber sie ist in sehr schlechtem Zustand und außerdem sehr gewunden. Der Mehrverbrauch an Benzin kommt teurer zu stehen als die Fahrt auf unserer Straße. Sie ist gerade und glatt. Wir haben unterwegs viele Tankstellen...“

Da wir Eile hatten, unterbrachen wir diese Reklamerede und lösten die Passierscheine.

In Mailand sahen wir in all ihrer Größe und Schönheit eine imposante Demonstration der Jugend zum Schutz des Friedens. An diesem Tag fanden in allen Städten Italiens Jugenddemonstrationen und -kundgebungen zum Schutz des Friedens statt.

Zehntausende junger Männer und junger Mädchen Mailands marschierten kolonnenweise zur Kundgebung in den Stadtpark. Sie trugen Porträts von Marx, Engels, Lenin und Stalin, Porträts von Togliatti, Plakate und Spruchbänder, die die Kriegsbrandstifter verurteilten und zur Aktivierung des Kampfes für Frieden und Demokratie aufriefen. Es war sonderbar zu sehen, daß die Kolonnen disziplinierter Teilnehmer der Friedensdemonstration von Polizeikordons umzingelt waren.

Die Konferenz der Mailänder Metallarbeiter machte in ihrer Sachlichkeit und auch durch die Aktivität der Frauen auf uns großen Eindruck. Arbeiterinnen, die das Wort ergriffen, wiesen auf die schwere Lage der in der metallbearbeitenden Industrie tätigen Frauen hin, sie äußerten ihre Entrüstung über die Zurücksetzung bei der Arbeitsentlohnung (Frauen bekommen dort für gleiche Arbeit um 30—40 Prozent weniger als Männer) und verlangten von der Gewerkschaft einen verstärkten Kampf für ihre Rechte. Wir antworteten auf die begeisterten Begrüßungen der Mailänder Metallarbeiter und sahen, wie dringend sie die Unterstützung der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Metallarbeiter brauchen. Wir überzeugten uns auch davon, daß die italienischen Metallarbeiter einer der Trupps sind, die in den ersten Reihen der Internationalen Vereinigung marschieren.

Am 27. Juni kehrten wir nach Turin zurück und suchten um die Erlaubnis an, ein Werk, das Schiffsmotoren herstellt, sowie ein Flugzeugwerk zu besuchen. Man antwortete uns, die Direktion dieser Werke wollte unserer Bitte nachkommen, jedoch unter der Bedingung, daß wir uns nicht mit den Arbeitern, ja nicht einmal mit den Gewerkschaftsfunktionären unterhalten würden.

Wir protestierten. Unser Protest wurde von Roveda, dem Generalsekretär des italienischen Metallarbeiterverbands, unterstützt. Dennoch erlaubte man uns nur, mit den Gewerkschaftsfunktionären zu sprechen, und das unter verstärkter Aufsicht von Direktionsvertretern.

Eine interessante Tatsache fiel uns im Flugzeugwerk auf. Das Werk stellt Flugzeuge her (auf Schritt und Tritt sagte man uns: „Nur Zivilflugzeuge!“), die Motoren werden aber nicht produziert, obwohl alle Möglichkeiten hierfür vorhanden sind. Wie sich herausstellt, bekommt das Werk die Motoren laut Marshallplan geliefert, sie sind aber derart veraltet, daß man sie von Grund auf umarbeiten lassen muß. Wieder einmal ein Beweis für die Tatsache, daß die amerikanischen Geschäftemacher Italien Ladenhüter andrehen! Die Machthaber Italiens werden jedoch nicht müde, die Großzügigkeit ihrer überseeischen Gönner zu preisen.

In den Läden von Turin und Mailand gibt es Waren in Hülle und Fülle, größtenteils amerikanische. Käufer sind jedoch seltene Gäste. Traten wir in einen Laden, so trafen wir dort meist nur die Verkäufer an...

Wo wir auch waren, überall fielen uns Symptome des für das italienische Volk so schreck-

lichen Problems — der Arbeitslosigkeit — in die Augen. Schlangen vor dem Arbeitsamt und den Fabrikatoren, Menschen, die in den Grünanlagen übernachteten oder Zigarettenstummel vom Straßenpflaster auflesen, eine Unmenge von Bettlern, zumeist junge. In Italien gibt es etwa zweieinhalb Millionen Arbeitslose. Sie beziehen eine Elendsunterstützung — 200 Lire am Tag, während ein halbwegs erträgliches Mittagessen im Gasthaus 1000 Lire kostet. Arbeitslosenunterstützung wird nur drei Monate gezahlt, wonach der Erwerbslose völlig mittellos dasteht. Dabei hat ein großer Teil der Arbeitslosen schon mehr als ein Jahr keine Beschäftigung.

Uns fiel erneut eins der Ziele ein, das sich die Internationale Vereinigung gestellt hat: Schutz der Arbeiter und ihrer Familien vor den verderblichen Folgen der Arbeitslosigkeit...

Aber nicht nur dies, sondern alle Ziele und Aufgaben der Vereinigung decken sich mit den Lebensinteressen und sehnlichsten Wünschen der Arbeiterklasse. Dies ist ein Unterpfand für die Lebensfähigkeit der Vereinigung, eine Garantie dafür, daß sie bei den breitesten werktätigen Massen Unterstützung finden wird, ein Unterpfand künftiger Erfolge und Siege der Weltföderation der Gewerkschaften.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Die Wahrheit über die amerikanische Außenpolitik

I. SOTNIKOW

WÄHREND der Tage, an denen Acheson auf der Pariser Außenministerratstagung seine Ergebnisse für den Frieden beschwor, in Washington aber eine Senatskommission den nordatlantischen Kriegsvertrag billigte, veröffentlichte der bekannte amerikanische Publizist und Rundfunkkommentator Johannes Steel eine neue Broschüre, „Zum Schutz des Friedens“*.

Johannes Steel ist als Vorkämpfer eines festgefügtten Friedens und der internationalen Zusammenarbeit bekannt. Während des Krieges entlarvte

er diejenigen amerikanischen Politiker, denen es keineswegs um Vernichtung des Faschismus, sondern um Schwächung der Sowjetunion zu tun war. Als Ausdruck dieser Linie der amerikanischen und englischen Monopole betrachtete Steel damals mit Recht die wortbrüchige Verschleppung der Eröffnung der zweiten Front und die Geheimverhandlungen mit deutschen Kapitalmagnaten, die Gönnerschaft für Francospanien und für die profaschistischen Pétainleute in Nordafrika sowie viele andere ähnliche Handlungen.

Die Außenpolitik der Regierung Truman in der Nachkriegszeit hat die Befürchtungen der fortschrittlichen Persönlichkeiten der USA bestätigt,

*„The Case for Peace“ by Johannes Steel, People's Forum Publishing Co., Inc., New York.

und Johannes Steel hat sich den Haß der amerikanischen Reaktion zugezogen, indem er die Militaristenclique der Wall-Street-Kreaturen, die im Staatsapparat des Landes Kommandoposten besetzt hat, einer scharfen Kritik unterzog.

Im vorigen Frühjahr, als die kapitalistische Presse beider Hemisphären den Marshallplan in den Himmel hob und die rosigsten Hoffnungen auf ihn setzte, trat Steel mit einer Broschüre über die wahren Ziele dieses Plans hervor, der berufen ist, „Deutschland wieder nazistisch zu machen“ und die Schleusen für einen Weltkrieg zu öffnen.

Die neue Broschüre Steels ist eine direkte Fortsetzung der vorjährigen. Schritt für Schritt erforscht der Verfasser die Richtung der Außenpolitik der USA-Regierung. Er legt den Mechanismus dieser Politik bloß, die faktisch von einer „anonymen Organisation“ der Bankiers und Militaristen gelenkt wird; diese haben die Möglichkeit erhalten, „die Interessen der USA mit den Interessen ihrer eigenen Gruppe, Clique und sogar mit ihrem Busineß zu identifizieren“. Steel schreibt:

„Niema!s in der Geschichte unserer Republik hatten die Militärs solche Macht wie heute... Sie werden unterstützt von den Waffenproduzenten, den Flugzeugfabrikanten, dem Atomenergiemonopol, von den Kartellen mit ihren deutschen Geschäftsverbindungen und überhaupt von den Geschäftsherren, die die 21 Milliarden Dollar... nicht einbüßen wollen, die für den kalten Krieg verausgabt werden.“

Im Interesse dieser Cliquen erdenkt die amerikanische Reptilpresse tagaus, tagein Differenzen „zwischen dem Osten und dem Westen“, zwischen der Sowjetunion und den USA und bauscht diese Differenzen auf, in dem Bemühen, Millionen Amerikaner auf den Gedanken der Unausbleiblichkeit eines Krieges zu bringen. Steel enthüllt die Lügenhaftigkeit dieser Propaganda und weist überzeugend nach, daß an freundschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Großmächten die Völker beider Länder wie überhaupt alle Völker der Welt auf das lebhafteste interessiert sind. Steel fährt fort:

„Eine ruhige und realistische Prüfung der Differenzen zwischen dem Osten und dem Westen zeigt ganz klar, daß sie weder groß genug noch unüberwindlich genug sind, als daß sie das Leben auch nur eines einzigen amerikanischen Soldaten oder eines einzigen Rotarmisten wert wären. Das wirkliche Problem in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion reduziert sich deshalb auf Findung einer Verständigung zwischen diesen beiden Mächten. Das ist die grundlegende politische Realität unserer Zeit... Freundschaftliche Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion als zwischen gleichen Partnern bilden die Grundpfeiler, ohne die die UNO nicht existieren kann... Die Geschichte wird zeigen, daß die größte Errungenschaft des Präsidenten Roosevelt die war, daß er diese

einfache Tatsache eingesehen hat. Das war das Prinzip, von dem er sich in Teheran und Jalta leiten ließ. Das ist das Prinzip, zu dem wir zurückkehren müssen, wenn der Frieden hergestellt werden soll.“

„Wenn der Frieden hergestellt werden soll“... Das ist es aber gerade, daß die heutigen Machthaber der USA die Herstellung eines allgemeinen und lang währenden Friedens, einer freundschaftlichen und auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenarbeit zwischen den Völkern überhaupt nicht wollen. Sie fürchten sich vor dem Frieden. Die bei vielen Gelegenheiten von der Sowjetunion ergriffene Initiative zu Verhandlungen über die Friedensregelung wurde von der Presse der Monopole in dem verlogenen Bestreben, ihr einen geheimnisvollen, böswilligen Charakter zu verleihen, sowjetische „Friedensoffensive“ getauft. Indes, so schreibt Steel unter Anführung zahlreicher Beispiele aus der Tätigkeit der Sowjetunion in der internationalen Arena, könne kein einziger ehrlicher, gewissenhafter Politiker leugnen, daß

„die Sowjetmethoden der Diplomatie den traditionellen westlichen Methoden überhaupt nicht gleichen. Seit dem Entstehen des Sowjetstaats ist der Hauptcharakterzug der Sowjetdiplomatie die peinliche Genauigkeit der von Sowjetstaatsmännern abgegebenen Erklärungen.“

Wo Steel auf die „Friedensinitiative Premier Joseph Stalins bei seinem Telegrammwechsel mit einem amerikanischen Zeitungsmann“ zu sprechen kommt, erwähnt er den kolossalen Eindruck, den diese Initiative auf die Völker aller Weltteile gemacht hat. Gerade deshalb, weil die Friedensvorschläge der Sowjetunion den Hoffnungen und Interessen der Völker entsprechen, wurde die Propagandamaschine der USA-Monopole in allen Ländern auf voller Tourenzahl in Gang gesetzt, um diesen für die düsteren Absichten der Welt herrschaftsanwärter so verderblichen Eindruck zu verwischen. Steel schreibt weiter, die Männer, die in den USA die Politik machen, hätten halsstarrig Berge böswilliger Erfindungen über die Sowjetunion aufgetürmt,

„da es klar war, daß das Auftreten von sowjetischer Seite die Pläne der westlichen Einkreisungsdiplomatie mit Erfolg über den Haufen warf. Der Berg böswilliger Erfindungen, von denen die Ablehnung des Sowjetvorschlags begleitet war, ist lediglich eine Bestätigung dafür, daß dieser Vorschlag die Hoffnungen der ganzen Menschheit auf Frieden zum Ausdruck brachte.“

Unter den ebenso zahlreichen wie schwankenden Argumenten, die von den offiziellen Lenkern der USA-Politik und ihren Handlangern gegen die Sowjetvorschläge aufgestellt wurden, nimmt die heuchlerische Berufung darauf, daß die USA

sich angeblich sehr ehrerbietig zur UNO verhalten und deshalb keinerlei Verhandlungen mit der Sowjetunion außerhalb dieser Organisation führen wollen, wohl den wichtigsten Platz ein. Steel zeigt, wie unstichhaltig und verlogen dieser Beweisgrund und übrigens auch die andern sind, die ihn begleiten. Er schreibt:

„Die Verträge mit der Türkei und dem Iran auf Basis der Truman-Doktrin wurden außerhalb der UNO abgeschlossen, ebenso die Verträge, die auf der Grundlage des Marshallplans unterzeichnet wurden, wie die Abkommen von Rio de Janeiro, Chapultepec und Bogota... Der Atlantikpakt wird zweifellos außerhalb der UNO abgeschlossen. Alle diese Verträge, Abkommen und Pakte — geheime und nicht geheime — haben eins miteinander gemein: sie sind eine direkte Verletzung wenn nicht des Buchstabens, so doch des Geistes der UNO.“

Die wirklichen Beweggründe für die Weigerung der USA-Regierung, direkte Verhandlungen über Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu pflegen, sind von Sorge für das Gedeihen der UNO himmelweit entfernt. Der Hauptgrund war die Interessiertheit der USA-Machthaber nicht an einer auf Gleichberechtigung fußenden Zusammenarbeit der Völker, sondern an einer Welthegemonie der USA-Monopole, nicht an einer Säuberung der internationalen Atmosphäre, sondern an ihrer Vergiftung, nicht an einer Festigung des Friedens, sondern an der Vorbereitung eines neuen Krieges.

Der Verfasser der Broschüre zeigt, daß auch das nordatlantische Kriegsbündnis diesen Zielen des USA-Imperialismus zu dienen berufen ist. Die Ereignisse, die sich bereits nach dem Erscheinen der Broschüre Steels abspielten, haben diese Tatsache noch klarer hervortreten lassen.

Steel deckt die unmittelbare Beziehung der heutigen amerikanischen Außenpolitik zu den Plänen auf, die von den deutschen Imperialisten in den Jahren 1943/44 ausgearbeitet wurden, als die Unausbleiblichkeit der Niederlage Hitlerdeutschlands offensichtlich geworden war. Steel stellt fest, die amerikanischen und die englischen Monopole seien „damals wie auch jetzt nicht an einer Vernichtung des deutschen Monopolkapitalismus interessiert“ gewesen, und dies eben sei der Hebel gewesen, den die deutschen Kapitalisten und der deutsche Generalstab gesucht hätten. Er kommt zu dem Schluß, die heutige, von den amerikanischen Militaristen angeführte Verschwörung gegen den Frieden sei schon vorher von Geheimagenten der deutschen Imperialisten in den USA vorbereitet worden. Der Verfasser schreibt:

„Ob das ihre Vollstrecker wissen oder nicht, die Zweiparteien-Außenpolitik der USA ist in Wirklichkeit in den Hirnen von Hitlers wirtschaftlichem und militärischem Oberkommando ausgeheckt worden.“

Natürlich muß man im Auge behalten, daß dem heutigen Kurs Washingtons die Interessen der USA-Monopole und nicht irgend etwas anderes zugrunde liegen. Dennoch sind die in der Broschüre angeführten Tatsachen zu beachten, die die direkte Beziehung zwischen dem Komplott der englisch-amerikanischen Imperialistenkreise gegen den Frieden und den geheimen Absichten und unverkennbaren Hoffnungen der deutschen Revanchisten illustrieren. Die in den Archiven der Hitlerschen Ämter für auswärtige Angelegenheiten, Propaganda und Spionage beschlagnahmten Dokumente

„enthalten eine endlose Kette von Beweisen dafür, daß die von gewissen Teilen der amerikanischen Presse, namentlich von der Presse Hearst, Scripps-Howard und McCormick-Patterson, verfolgte Linie völlig den Instruktionen entspricht, die das deutsche Oberkommando während des Krieges erteilt und seinen Agenten in den USA übermittelt hat.“

Es handelt sich aber nicht nur um die Archivdokumente, auf die Steel hinweist. Zahlreiche Tatsachen des heutigen Tages — die Gönnerschaft der amerikanischen Behörden für die deutschen Monopole, die Erhaltung der Rüstungsindustrie Westdeutschlands, in erster Linie im Herzen des deutschen Militarismus und der deutschen Aggression, dem Ruhrgebiet, die Heranziehung von Hitlergenerälen zum amerikanischen Dienst, die Aufstellung einer einheitlichen schwarzen Front der deutschen Reaktion, von Strasser und Guderian bis Adenauer und Schumacher — zeigen, daß die direkten und indirekten Erben Hitlers in dem englisch-amerikanischen Komplott gegen den Frieden keineswegs die untergeordnetste Rolle spielen.

Was sie mit den heutigen Inspiratoren der amerikanischen Politik verbindet, sind die völlige Gleichheit sowohl des Hauptziels — Eroberung der Weltherrschaft — als auch der grundlegenden Mittel — der aggressive Pakt unter antikomunistischer Flagge. Selbst die Ausdrucksweise der Initiatoren des Nordatlantischen Vertrags ist, wenn sie von seiner Bestimmung und seinen Zielen sprechen, völlig den Reden Ribbentrops entlehnt, in denen er für den Antikominternpakt Reklame machte. Niederschmetternd wirken die von Steel gegenübergestellten Texte: der Reden Ribbentrops von 1936 und der Reden Bevins von 1949, der Aufsätze in Hitlers Zentralorgan „Völkischer Beobachter“ von 1937 und des hysterischen Geschreis der New Yorker und Londoner Presse von heute.

Bei dieser Gegenüberstellung erinnert der Verfasser mit Recht nicht nur daran, daß der Nordatlantische Vertrag eine Neuauflage des Antikominternpakts darstellt, sondern auch daran,

daß dieser Pakt zum zweiten Weltkrieg geführt hat. Einen dritten Weltkrieg darf es nicht geben, ihn werden die Völker aller Erdteile nicht zulassen! Steel ruft das amerikanische Volk zum Schutz des Friedens auf, trotz aller Bemühungen der heutigen Lenker der USA-Politik, einer Politik, deren Bankrott immer offenkundiger wird. Steel schreibt:

„Was notwendig ist, ist eine neue positive Einstellung, eine konkrete Bestimmung der Ziele der USA und eine diplomatische Politik, die dafür sorgt, daß

diese Ziele mit denen der Sowjetunion wieder in Einklang gebracht werden, ohne die wichtigsten Interessen der USA zu opfern. Das ist durchaus möglich.“

Noch mehr, es ist notwendig, notwendig für den Schutz des Friedens. „Der Schlüssel zum Frieden ist amerikanisch-sowjetische Verständigung.“

Mit diesen Worten schließt die Broschüre, in der Steel als ehrlicher Amerikaner seine Stimme für den Schutz des Friedens erhebt.

15. Juli

In Warschau wird ein auf ein Jahr befristetes polnisch-österreichisches Handelsabkommen unterzeichnet. Es sieht einen Warenaustausch im Werte von mehr als 40 Millionen Dollar vor.

17. Juli

In New York kommt die Konferenz zum Schutz der Bürgerrechte zum Abschluß, nachdem sie eine Resolution angenommen hat, in der die in den USA vorkommenden Verstöße gegen die Bürgerrechte und die gerichtliche Belangung der Kommunistischen Partei verurteilt werden. Es wurde ein Sonderausschuß zur Organisation und Leitung des Kampfes gebildet, der gegen den Prozeß in Sachen der Führer der Kommunistischen Partei und zu ihrer Verteidigung geführt wird.

In Nigeria beginnt ein Streik von 25 000 Eisenbahnern. Die Ausständigen fordern Bezahlung von Überstunden, Festsetzung eines Zuschlags für Nacharbeit und Beförderung einiger eingeborener Eisenbahner in höhere Lohnstufen.

18. Juli

J. W. Stalin, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, empfängt Herrn D. V. Kelly, den Botschafter Großbritanniens.

In Marseille schließt die Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Seeleute und Hafenarbeiter (Industrieabteilung der Weltföderation der Gewerkschaften).

Laut Meldung des Senders Freies Griechenland betrugen die Verluste der Truppen der Athener Regierung

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juli 1949

in den ersten sechs Monaten d. J. insgesamt 47 699 Soldaten und Offiziere, darunter 15 739 Gefallene und 28 370 Verwundete. Die übrigen sind entweder gefangenengenommen worden oder freiwillig zur Demokratischen Armee übergetreten.

19. Juli

In ihrer Antwort auf die Note der USA und Großbritanniens vom 30. Juni lehnt die Sowjetregierung ein zweites Mal den Vorschlag als unbegründet ab, daß die Chefs der diplomatischen Missionen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens zu Beratungen über strittige Punkte in der Auslegung der Friedensverträge mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien zusammenberufen werden sollen.

Die Sowjetregierung beantwortet die Note der jugoslawischen Regierung vom 22. Juni, die einen Protest gegen die Beschlüsse der Pariser Ministerratstagung enthielt, auf der angeblich gesetzmäßige Forderungen Jugoslawiens an Österreich abgelehnt wurden. In der Antwort der Sowjetregierung wird darauf hingewiesen, daß die Behauptungen der jugoslawischen Regierung nicht den Tatsachen entsprechen und im Hinblick auf die Sowjetunion eine gröbliche Verleumdung darstellen, darauf berechnet, vor den Völkern Jugoslawiens das Scheitern der Geheimverhandlungen mit Vertretern Großbritanniens zu verbergen, die die jugoslawische Regierung in

der Frage des österreichischen Vertrags hinter dem Rücken der Sowjetregierung geführt hat.

In Mailand kommt die Gründungskonferenz der Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Bauarbeiter, Holzarbeiter, Möbeltischler und Arbeiter der Baumaterialindustrie (Industrieabteilung der Weltföderation der Gewerkschaften) zum Abschluß.

In Helsinki schließt der dritte Weltkongreß für Forstwirtschaft. In der vom Kongreß angenommenen Resolution wird allen Ländern empfohlen, ihre Forstpolitik so zu projektieren, daß die notwendigen großen Waldmassive erhalten bleiben und ein ständiger, progressiver Zuwachs an Wäldern gewährleistet wird.

In Sofia wird eine außerordentliche Tagung des Großen Sobranje Bulgariens eröffnet.

In Berlin findet eine 100 000 Teilnehmer zählende Kundgebung für die Einheit Berlins statt.

Das holländische Parlament ratifiziert mit 65 Stimmen gegen 7, bei einer bedeutenden Zahl von Stimmenthaltungen, den aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

Das Gericht in Kozani (Griechenland) verurteilt 21 Demokraten zum Tode und 19 zu lebenslänglichem Kerker.

20. Juli

Die Sowjetpresse bringt den Wortlaut einer Note der Sowjetregierung an die Regierungen Italiens, der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Zusammenhang mit dem Anschluß Italiens an den Nord-

atlantischen Vertrag. In der Note wird darauf hingewiesen, daß Italien durch Anschluß an diesen Vertrag einer militärischen Staatengruppierung beigetreten ist, die aggressiven Charakter hat und sich gegen die Sowjetunion sowie gegen die Länder der Volksdemokratie richtet, und daß die Handlungsweise der italienischen Regierung einen Verstoß gegen den Friedensvertrag darstellt.

Die Tagung des Großen Sobranje Bulgariens wählt Wassil Kolaroff zum Vorsitzenden des Ministerrats.

Unter dem Druck der machtvollen Protestbewegung der deutschen Öffentlichkeit entlassen die englischen Besatzungsbehörden Max Reimann, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Westdeutschlands, aus dem Gefängnis.

21. Juli

Der USA-Senat ratifiziert mit 82 Stimmen gegen 13 den aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

Die italienische Deputiertenkammer ratifiziert mit 323 gegen 160 Stimmen den aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

22. Juli

In Polen wird der Tag der Wiedergeburt, der fünfte Jahrestag der Schaffung des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees, festlich begangen.

In Berlin nimmt die achte Tagung des Deutschen Volksrats ihre Arbeit auf.

Die Tagung der dem amerikanischen Kongreß der Industrieverbände angehörenden Gewerkschaft der Schiffsköche und Köchinnen nimmt eine Resolution zur Unterstützung der Weltföderation der Gewerkschaften an. Die Gewerkschaft ist der neuen Internationalen Gewerkschaftsvereinigung der Seeleute und Hafenarbeiter (Industrieabteilung der Weltföderation der Gewerkschaften) beigetreten.

Die Londoner Hafenarbeiter beschließen den Abbruch des Streiks unter der Bedingung, daß keinerlei Sanktionen gegen die Streikenden ergriffen werden, daß sie in Zukunft bezahlten Urlaub erhalten und daß niemand von den Streikteilnehmern entlassen wird.

In Berlin werden die Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel bei der Deutschen Wirtschaftskommission und Vertretern der Hauptverwaltung für die Wirtschaft Bizoniens wiederaufgenommen.

Der Deutsche Volksrat beschließt, den 1. September zum Friedenstag zu erklären.

23. Juli

Veröffentlichung einer Mitteilung der Statistischen Zentralverwaltung beim Ministerrat der Union

der SSR über die Ergebnisse der Erfüllung des Staatsplans für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion für das Jahr 1949 im zweiten Quartal d. J. Der Plan ist hinsichtlich der Bruttoproduktion zu 101 Prozent erfüllt worden; die Bruttoproduktion der Industrie ist im Vergleich zum zweiten Quartal 1948 um 20 Prozent gestiegen; pro Tag beträgt die Bruttoproduktion der Industrie durchschnittlich um 41 Prozent mehr als die Tagesproduktion des Vorkriegsjahres 1940; vorläufigen Angaben zufolge ist die Anbaufläche im Vergleich zu 1948 um rund 6 Millionen Hektar angewachsen.

Die Tagung des Deutschen Volksrats forderte die führenden deutschen Körperschaften, Parteien und Organisationen Westdeutschlands auf, alle auf Teilung des Landes abzielenden Maßnahmen, wie z. B. die Durchführung der Wahlen und die Schaffung einer westdeutschen Bundesregierung, zu stoppen.

Die außerordentliche Tagung des Großen Sobranje Bulgariens wird geschlossen.

In Mariánské Lázně (Tschechoslowakei) werden die vierten internationalen Filmfestspiele eröffnet.

In Rom wird ein polnisch-italienisches Handelsabkommen über Sonderlieferungen unterzeichnet.

VERLAGS ANZEIGEN

MONATSSCHRIFT FÜR SCHÖNE LITERATUR
SOWIE GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE FRAGEN

„OKTJABRJ“

(OKTOBER)

ORGAN DES SOWJETSCHRIFTSTELLERVERBANDES DER UNION

(in russischer Sprache)

Erschienen sind die Hefte 4, 5 und 6 des Jahrgangs 1949

AUS DEM INHALT:

Romane: L. SAIZEW — *Die Weite* (Schluß).
A. TSCHERKASSOW — *Der Tag geht im Osten*
auf. A. KOPTJAJEWA — *Iwan Iwanowitsch*.

Schauspiele: I. IROSC'NIKOWA — *Irgendwo*
in Sibirien. S. MICHALKOW — *Ich will nach*
Haus.

Gedichte von A. ABRAMOW, L. WYSCHESLAW-
SKI, A. GEWELING, N. KUTOW, ABULKASSIM
LAHUTI, A. JASCHIN, von den turkmenischen
Dichtern B. KERBABAJEW, D. CHALDURDY,
KARA SEITLIJEW und den kasachischen Dich-
tern C. BERCHOSHIN, K. AMANSCHOLOW,
S. SAIN, D. ABILEW und G. ORMANOW.

Publizistik: A. LOGINOW — *Drei Denkmäler*
einer Epoche. I. JERMASCHOW — *Morgenröte*
über Asien. A. PRJAMKOW — *Ein großer*

russischer Dichter. (Zur 150. Wiederkehr des Ge-
burtstags A. S. Puschkins.)

Kritik und Bibliographie: N. MASLIN —
Ein Sänger und Verteidiger des sozialistischen
Vaterlands (über den Patriotismus in den Wer-
ken W. Majakowskis). I. RJABOW — *Menschen*
und *Ideen* (über die Erzählung J. Laptjews
„Morgenrot“). K. POTAPOW — *Hervorragende*
Werke der Sowjetliteratur (über Werke der
Sowjetprosaiker, denen der Stalinpreis für 1948
zuerkannt wurde). L. SOBOLEW — *Der Sonne*
entgegen (über die Literatur Sowjetkasachstans).

Kritische Notizen: A. BELIK und N. PAR-
SADANOW — *Über Fehler und Entstellungen in*
Ästhetik und Literaturkunde. S. IWANOW —
Nochmals über Lermontowkommentatoren.

Jahresbezugspreis: 60 Rubel

Preis der Einzelnummer: 5 Rubel

Anschrift der Redaktion: Moskau, Uliza Prawdy 24, Zimmer 533

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.